PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 15. September 1915. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Zollstreit.

Ein angebliches handelspolitisches Dokument macht augenblicklich die Runde durch die Zeitungen. In der Welt am Montag hat Helmuth von Gerlach den Brief eines Verbandes der weiterverarbeitenden Industrie veröffentlicht, in dem die Mitglieder des betreffenden Industriezweiges aufgefordert werden, bei den maßgebenden Reichsstellen gegen einen Beschluß zu zu protestieren, der im Kriegsausschuß der deutschen Industrie am 30. Juli zustande gekommen sein soll. Es drehte sich da um die Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse zu Frankreich und Rußland beim Friedensschluß. Zu diesem Thema seien unter anderem als Forderung aufgestellt worden: die Erhöhung verschiedener landwirtschaftlicher Zölle, die Einschränkung der Meistbegünstigungsklausel und die Festlegung einer gegenseitigen deutsch-österreichischen Vorzugsbehandlung durch Erklärung einer größeren Anzahl der gegenwärtigen beiderseitigen Vertragszölle als Vorzugszölle und Erhöhung dieser Vertragszölle gegenüber allen anderen Staaten. Im Anschluß an die Veröffentlichung dieses Schreibens erhebt schon der Entdecker den Vorwurf, der Kriegsausschuß und die angeblich dabei mitwirkenden Verbände hätten durch ihre Vorschläge an die Regierung den Burgfrieden gebrochen, und fordert zu energischem Vorgehen der Konsumentenverbände, der Arbeiterorganisationen und der Organisationen der Angestellten auf.

Die letzte Aufforderung ist nur zu unterschreiben. Ja, man müßte eigentlich normalerweise annehmen, daß die Reichsregierung, bevor sie auf Grund derartiger Vorschläge einseitiger Interessengruppen bestimmte Pläne vorbereitet, entweder neben dem wirtschaftlichen Ausschuß noch Vertreter der Kosumenten und der Angestellten und Arbeiter hören oder sich (was überhaupt schon lange notwendig gewesen wäre) entschließen wird, Vertreter dieser Gruppen (ebenso wie Vertreter der Presse) dem wirtschaftlichen Ausschuß anzugliedern. Aber gerade deshalb kann ich beim besten Willen nicht anerkennen, daß hier irgendwie ein Bruch des Burgfriedens vorliegt. Man hüte sich doch, diesen Begriff noch weiter auszulegen, als er ohnehin schon behördlich bei uns ausgelegt wird. Wir werden den Burgfrieden halten müssen, so lange, wie wir im Kampf stehen. Ja, gerade wenn die Friedensverhandlungen beginnen, wird die Selbstzucht uns hindern, unsere Meinung immer so laut und so deutlich zu sagen, daß der Feind sie hören und daß sie dem Feinde nutzen kann. Auf der anderen Seite aber müssen, wenn wir in Friedensverhandlungen eintreten, unsere Behörden genau wissen, was sie wollen. Gerade in wirtschaftlicher Hinsicht müssen die Wünsche aller Interessengruppen der Regierung vorgetragen sein. Weshalb da die wirtschaftlichen Unternehmerverbände sich behindert fühlen sollten, ihrerseits die sie gutdünkenden Vorschläge zu machen, kann ich nicht verstehen. Das ist einmal ihr gutes Recht in ihrer Eigenschaft als Interessenverbände, dann aber meines Erachtens sogar ihre staatsbürgerliche Ver-

pflichtung. Wenn die doch wichtige wirtschaftliche Interessen vertretenden Organisationen anderer Art bisher geschwiegen haben, so sollen sie denen, die redeten, nicht Bruch des Burgfriedens vorwerfen, sondern ihrerseits so schnell wie möglich das lange genug Versäumte nachholen. Der Burgfrieden kann immer nur die öffentliche Betätigung irgend welcher Art verbieten. Aber zu den vom Staat dafür eingerichteten Stellen zu sprechen, kann niemals Bruch des Burgfriedens sein. Jeder hat die Meinungen vorzubringen, die er für richtig hält, und es ist hinterher Aufgabe der Staatsbehörden, aus der Fülle der von Einzelinteressen gespeisten Einzelmeinungen sich ihre Aufgabe zu formen.

Dieses sogenannte Dokument ist nun aber durchaus nicht etwa eine objektive Beweisurkunde, wie ich — im Gegensatz zu dem mir persönlich freundschaftlich nahe stehenden Herrn von Gerlach — feststellen möchte. Die Entrüstung, die das Schreiben der ungenannten Vereinigung durchzittert und die von der Presse ohne weiteres übernommen worden ist, erklärt sich natürlich dadurch, daß vermutlich diese Vereinigung ganz bestimmte Spezialinteressen vertritt, die durch die erwähnten Vorschläge besonders scharf getroffen werden. Ob diese Sonderinteressen nun gerade mit den Gesamtinteressen des deutschen Volkes zusammenfallen, wie es ja beinahe den Anschein haben könnte, steht für mich noch völlig dahin. Gegen die ethische Entrüstung von wirtschaftlichen Interessenten bin ich von jeher sehr mißtrauisch gewesen. Man soll in den Fällen, wo einem solche Entrüstung agitatorisch sehr in den Kram paßt, recht vorsichtig sein, denn es wird eine Menge solcher ethischen Entrüstungen geben, die man später wird bekämpfen müssen. So z. B., wenn bei den unausbleiblichen Monopolvorschlägen der Zukunft die betroffenen Gewerbezweige wie ein Mann aufstehen und den Nachweis führen werden, daß das Deutsche Reich und der Deutsche Kaiserthron ins Wanken geraten, wenn man sie nicht — anständig abfindet. Wie die Beschlüsse des Kriegsausschusses der deutschen Industrie wirklich lauten, habe ich leider bis heute nicht in Erfahrung bringen können. Aber ich möchte doch schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß sie — ich will nicht sagen parteiisch, aber doch mindestens — unvollständig wiedergegeben sind, wie aus den Worten „unter anderem“ deutlich hervorgeht. Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß nach der Angabe in dem oben erwähnten Rundschreiben vor dem Beschlusse des Kriegsausschusses der deutschen Industrie Vertreter des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen, des Bundes der Landwirte, der christlichen Bauernvereine und des deutschen Bauernbundes gehört worden sind. Gewiß hier handelt es sich um reine Interessenverbände der Produzenten. Aber man kann wirklich nicht behaupten, daß der Bund der Landwirte die gleiche Agrarpolitik vertritt, wie der deutsche Bauernbund, ebensowenig wie, daß die gleichen wirtschaftlichen Interessen im Zentralverband deutscher Industriellen einerseits und im Bund der Industriellen andererseits vertreten sind. Der Bund der Industriellen umfaßt z. B. einen großen Teil der deutschen Textilindustrie, die auf den Export angewiesen ist und deren Vertreter sich innerhalb dieses Bundes durchaus nicht mundtot machen lassen. Es scheint mir deshalb im allergrößten Maße unwahrscheinlich, etwa anzunehmen, daß hier nun eine hochschutzzöllnerische Geheimbündelei beschworen worden ist.

Die Kritik, die in der Presse sich gegen die beiden ersten Punkte des Rundschreibens, die Erhöhung verschiedener landwirtschaftlicher Zölle und die Einschränkung der Meistbegünstigungsklausel, geltend macht, gebärdet sich so, als ob nun etwa gegenüber der ganzen Welt diese Forderung aufgestellt sei. Dabei wird aber übersehen, daß in dem Rundschreiben selbst ja nur davon die Rede ist, daß in der betreffenden Beratung die „Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse zu Frankreich und Rußland bei Friedensschluß“ zur Debatte standen. Infolgedessen kann sich doch ganz logisch nur gegen diese beiden Länder die vorgeschlagene Maßnahme richten. Diese Maßnahmen entbehren mithin jeder prinzipiellen Bedeutung. Bleiben wir einmal zunächst bei der Meistbegünstigungsklausel. Die Meistbegünstigung wird jetzt plötzlich als rocher de bronce der Freihandelspolitik propagiert. Besonders der „Vorwärts“ scheint diese Klausel als eine Allerweltsmedizin anzusehen Dieses Blatt, dessen lustiger Inhalt es aber immer noch als das bei weitem beste Witzblatt der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen läßt, hat sich eine populäre Lesart von der Wirkung der Meistbegünstigungsklausel zurechtgelegt. Es erklärt seinen Lesern, was ein autonomer Zolltarif ist, und sagt dann, daß die Meistbegünstigungsklauseln dazu dienen, die Zollermäßigungen, die vertragsmäßig nur zwischen zwei Staaten ausbedungen werden, zu verallgemeinern. Es vergißt nur hinzuzufügen, daß gerade mit Rücksicht auf die Meistbegünstigung die tariflichen oder vertraglichen Bindungen der Zollsätze nach unten von vornherein schon so festgesetzt werden, daß da-

durch mit der Meistbegünstigung sehr oft höhere Zölle herauskommen, als sie — wenigstens mit dem einen oder anderen Staate — sonst festgelegt werden würden. Weshalb soll man aber auch, wenn man über handelspolitische Dinge schreibt, davon etwas verstehen! Ich will aber einmal ganz davon absehen, daß die Wirkung der Meistbegünstigungsklausel vielfach sehr überschätzt wird. Darüber, daß unser Meistbegünstigungsverhältnis zu Frankreich vom schwersten Uebel ist, sind sich die wirtschaftlich Einsichtigen aus allen Parteilagern schon lange einig gewesen. Es ist allerdings richtig, wie Herr von Gerlach sagt, daß Bismarck im Jahre 1871 die Meistbegünstigungsklausel so sehr im deutschen Interesse zu liegen schien, „daß er darauf bestand, sie dem Frankfurter Friedensvertrage einzuverleiben.“ Aber Bismarck beging einen seiner größten wirtschaftspolitischen Fehler mit der Einfügung dieser Klausel in den Frankfurter Friedensvertrag. Der damals herrschende deutsche Liberalismus alten Schlages war berauscht von der Meistbegünstigungsidee. Aber es wurde übersehen, daß Meistbegünstigungsklauseln zwar sehr schön als Anhängsel zu langfristigen Tarifverträgen sind, daß sie jedoch höchst gefährlich ohne diese Verträge sein können. Bismarcks Idee war, Frankreich durch die Meistbegünstigung dauernd an Deutschland zu ketten und es womöglich von ihm abhängig zu halten. In Wirklichkeit ist durch die Meistbegünstigungsklausel Deutschland zum wirtschaftspolitischen Heloten von Frankreich gemacht worden. Frankreich hat ein scharfes Schutzzollsystem befolgt, nur wenig Handelsverträge geschlossen und diese Handelsverträge wohlweislich noch so eingerichtet, daß für Deutschland in Betracht kommende Waren dadurch nicht allzu sehr gefördert wurden. Es hat uns außerdem namentlich im letzten Jahrzehnt tariflich und auch in Bezug auf die Grenzbehandlung besonders schlecht fahren lassen. Im Gegensatz dazu hat Deutschland ein die ganze Welt umspannendes Netz von Handelsverträgen geschaffen. Und an all den wesentlichen Vergünstigungen hat Frankreich mit reichem Export teilnehmen können. Wir haben mithin schweren Nachteil gehabt, Frankreich aber den Vorteil. Wenn man überhaupt von einer angenehmen Begleiterscheinung dieses Krieges reden darf, so ist es sicher die, daß wir endlich einmal den handelspolitischen Ballast des Frankfurter Friedensvertrages losgeworden sind. Daß man die Dummheit von 1871 jetzt nicht wieder machen will, ist höchst erfreulich. Ein noch schlimmeres Beispiel als Frankreich für die Wirkung solcher Meistbegünstigungsklauseln ohne Tarifverträge zeigt ja unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika, über die sich die Redakteure des „Vorwärts“ reiche Belehrung aus dem treffenden Buch ihres Parteigenossen Max Schippel holen können, das heute noch genau so aktuell ist, wie an dem Tage, da es erschien.

Wie steht es nun eigentlich mit der Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle? Ich habe eigentlich geglaubt, daß der Begriff des landwirtschaftlichen Zolls und auch der Vorschlag zu seiner Erhöhung in den politischen links stehenden Kreisen nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, nicht mehr das alte Grausen würde auslösen können. Es mag bessere Mittel zum Schutz der landwirtschaftlichen Produktion geben als den Getreidezoll. Ich bin der letzte, der mit sich darüber nicht reden ließe. Aber wir können nun doch wirklich nicht mehr die Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeugung gegen die Konkurrenz des Auslandes als Vaterlandsverrat, Wucher und Ausbeutung ansehen, nachdem wir der Kraft unserer landwirtschaftlichen Produktion in allererster Linie die Möglichkeit verdanken, diesen Krieg so lange und mit so großer Zuversicht zu führen. Aber vor allem liegt in diesem Falle zu allgemeinen Erwägungen aus mehreren Gründen gar kein Anlaß vor. Es handelt sich dabei einzig und allein um die Regelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Rußland beim Friedensschluß. Rußland ist Getreideausfuhrland. Infolgedessen ist die stärkste Waffe, die wir gegen Rußland haben, der Zoll auf landwirtschaftliche Erzeugnisse. Daß z. B. beim Bund der Industriellen der Wunsch bestehen sollte, auf die Dauer nicht nach Rußland auszuführen, glaube ich kaum. Ich neige vielmehr eher der Ansicht zu, daß viele Industriellen in Deutschland sich einen für unsere Ausfuhr besonders günstigen Handesvertrag mit Rußland erträumen. Aber ich habe bisher noch nie gehört, daß günstige Handelsverträge anders zustande kommen, als dadurch, daß man die Vorteile, die man gewährt, sich abkaufen läßt. Wenn wir Kompensationszölle zum Handel gegen Rußland haben wollen, so müssen es in allererster Linie landwirtschaftliche Zölle sein. Und ich würde es durchaus berechtigt finden, wenn man beabsichtigen sollte, in die Verhandlungen mit Rußland keinesfalls mit den augenblicklich geltenden Zöllen einzutreten.

Ein sehr heikles Thema ist die Frage der Zollverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn. Man kann leider im gegenwärtigen Augenblick

nicht alles sagen, was nach dieser Richtung hin gesagt werden müßte. Das wäre nicht so schlimm, wenn man den Eindruck hätte, daß in Beziehung auf die Regelung der handelspolitischen Verhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn von den berufenen Persönlichkeiten alles getan wird, was getan sein müßte, wenn sich die Verbündeten mit ihren Gegnern zu den Friedensverhandlungen niedersetzen. Aber leider scheint gerade in Bezug auf diese, vielleicht augenblicklich wichtigste Frage, eine Unentschlossenheit zu bestehen, die noch sehr üble Folgen zeitigen kann. Daß eine Einigung zwischen beiden Staaten erfolgen muß, geht schon aus der Erwägung hervor, daß ja doch unmöglich Oesterreich-Ungarn und Deutschland getrennt in Friedensverhandlungen eintreten können und daß es ferner ebenso unmöglich ist, etwa die politischen und die wirtschaftllchen Friedensverhandlungen gesondert zu führen. Dazu kommt weiter, daß vermutlich auch die wirtschaftliche Spannung, die zwischen den Zentralmächten und ihren Feinden besteht, nicht sofort weichen wird. Sowohl Oesterreich-Ungarn als auch Deutschland werden daher in der ersten Zeit nach dem Krieg keinen allzu leichten Stand haben. Sollen sie da vielleicht bei den Handelsvertragsverhandlungen auch noch untereinander hadern? Es ist oft gesagt worden, daß die weltpolitische Idee dieses Krieges, die sich aus dem Gang der Ereignisse geformt hat, der Handelsweg von der Nordsee über Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei zum Persischen Golf ist. Ich sehe von dem rein politischen Ideengehalt ab, der sich dadurch für eine Einigung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands aufdrängt. Aber rein wirtschaftlich bedeutet dieser Handelsweg eine Neuorientierung unserer Handelspolitik auf kontinentaler Basis. Wir müssen, wie die Dinge nun einmal liegen, immer mit der Gefährdung unseres überseeischen Absatzes rechnen. Wir müssen daher unseren Export umdirigieren. Aber wir müssen andererseits gerade nach den Lehren dieses Krieges damit rechnen, uns die Ernährung unseres Volkes sowohl im Falle von Frieden als auch im Falle von Zollkämpfen dadurch sicherer zu stellen, daß wir mehr landwirtschaftliche Produktionsländer in engere Beziehung zu uns bringen, als das bisher der Fall war. Das muß unter allen Umständen der leitende Grundgedanke sein. Ich möchte mich für heute nicht auf eine Erörterung der Frage einlassen, wie die erste Etappe zu dieser Neuorientierung, nämlich der Zusammenschluß mit Oesterreich-Ungarn in allen Einzelheiten ausgestaltet werden soll. Aber der Gedanke muß mit eisernem Willen verfolgt werden. Gelingt es, die genügende landwirtschaftliche Produktion in diesem vergrößerten Zollgebiet zu sichern, so spielt die Erhöhung des einen oder anderen landwirtschaftlichen Zolles nach außen hin gar keine Rolle mehr. Dagegen würde allerdings mit Recht eine Gefahr darin gesehen werden können, wenn man etwa eine Bindung mit Oesterreich und Ungarn in der Weise herbeiführen wollte, daß man etwa die jetzigen Vertragszölle zwischen beiden Ländern für Vorzugszölle erklären und nun ohne Wahl diese Vertragszölle gegenüber allen anderen Ländern erhöhen wollte. Das aber will, selbst nach den Angaben des oben zitierten Briefes, der Kriegsausschuß der deutschen Industrie nicht. Er will das vielmehr nur für eine größere Anzahl dieser Zölle. Das klingt recht verdächtig, kann auch wirklich gefährlich sein. Aber bevor man nicht weiß um welche Zölle es sich handelt, kann man natürlich über diesen Einzelplan ein genaues Urteil nicht abgeben.

Ich halte nun überhaupt diese Lösung des österreich-ungarischen-deutschen Handelsproblems, wie sie der Kriegsausschuß angeblich vorgeschlagen hat, für wenig glücklich. Es muß da ein festes und geregeltes Verhältnis geschaffen werden, enger als es durch das Zusagen von Vorzugszöllen möglich ist. Ich kenne die Hindernisse — die offenen und die geheimen — die solcher Regelung noch entgegenstehen. Aber sie sind zu besiegen, einfach weil sie besiegt werden müssen. Wenn zu den Einwendungen gegen solche Pläne neuerdings auch noch der gekommen ist, daß dieser engere Zusammenschluß zu Abwehrbünden des Vierverbandes führen müsse, so übersehen diejenigen, die solches einwenden, daß wir nach unserer militärischen Lage hoffen dürfen, unsere Friedensbedingungen zu diktieren und daß uns nach dem Frieden aller Wahrscheinlichkeit nach die Mächte des Vierverbandes doch nicht weiter geschlossen gegenüberstehen werden. Außerdem aber hat wohl bei uns niemand die Absicht, die uns jetzt feindlichen Staaten dauernd mit für sie schlechten Verträgen zu belasten. Denn so viel Kaufleute sind wir auch, um zu wissen, daß wirklich gute Geschäfte nur solche sind, bei denen beide Teile ihren Nutzen finden. Es kommt nur darauf an, uns so gut wie möglich zu rüsten, um nun auch wirklich auch einmal Handelsverträge herauszubekommen, die auf der einen Seite unserer Industrie möglichst große Vorteile bringen, auf der anderen Seite aber auch Deutschlands Ernährung unter allen Umständen sicher stellen.

Grey contra Grey.

Von Myson.

Sir Edward Greys Ausführungen gegen die Rede des Reichskanzlers verfolgen den Zweck, der Welt es einzureden, als sei es Deutschland gewesen, das diesen Weltkrieg aus Herrschsucht begonnen habe und daß es nur mit einem Frieden ihn schließen wolle, der ihm die Oberherrschaft in ganz Europa sichere. Man wird dem englischen Staatsmann auf seine Anschuldigungen nicht besser antworten können, als wenn man an der Hand des englischen Blaubuchs ihm seine Irrtümer nachweist. So viele direkte Fälschungen dieses Buch auch aufzuweisen hat, mitunter haben seine Zusammensteller doch höchst gefährliche Depeschen und Noten in ihm stehen lassen. Nun, wenn es heißt, daß manchmal der Vater Homer sogar schläft, warum sollten es englische Staatsmänner bei ihrer Täuschungsarbeit nicht tun!

Die Ursache, die den Krieg unvermeidlich machte, war die russische Mobilisierung, wie der Kanzler sehr richtig ausgeführt hat, ohne sie hätte sich, falls England wirklich bonae voluntatis war, der Friede wahrscheinlich aufrechterhalten lassen. Daß dem so war, wußte man nun sehr genau in London, aber man wußte dort auch ebenso genau, daß Deutschland durchaus bestrebt war, den Frieden aufrechtzuerhalten. Letzteres geht daraus hervor, daß am 25. Juli der Botschaftsrat Sir H. Rumbold an Sir E. Grey depeschierte (Blaubuch Nr. 18): Herr von Jagow hätte ihm mitgeteilt, er habe die russischen Regierung wissen lassen, ein allgemeiner Krieg sei wahrlich das letzte, was Deutschland wünsche. — Noch deutlicher drückte sich Herr von Bethmann selbst im Gespräch mit Sir E. Goschen am 28. Juli aus (Blb. Nr. 71), er sagte: „Ein Krieg zwischen den Großmächten muß vermieden werden.“ Freilich hatte schon am 27. Juli der Staatssekretär Sir E. Goschen auf eins aufmerksam gemacht (Blb. Nr. 43) „Wenn Rußland im Norden mobilisiert, müsse Deutschland das gleiche tun, da es sich gegen einen Ueberfall auf jede Weise sichern müsse.“ In England wußte man also genau, was die Situation zu einer unhaltbaren machen werde, obwohl Deutschland alles tat, um trotz der russischen Vorbereitungen sie nicht zu erschweren. Nr. 98 des Blb. gibt darüber Auskunft. Sir E. Goschen teilte nämlich mit, Herr von Jagow habe ihm gesagt: „bis auf die Rückberufung beurlaubter Offiziere habe die Kaiserliche Regierung bis jetzt keinerlei militärische Vorbereitungen getroffen. Es würde indessen bald etwas geschehen müssen, weil es sonst (für Deutschland) zu spät werden könnte. Wenn Deutschland mobilisierte, sei es gezwungen, an drei Seiten zu mobilisieren. Er bedauere dies, da er auch wisse, daß man in Frankreich nicht den Krieg wünsche, aber bei der Lage der Dinge wäre dies eine militärische Notwendigkeit.

Aber nicht nur aus dem Munde von deutschen Staatsmännern hatte man in Downing-Street es erfahren, wie von Rußlands Mobilisierung Krieg oder Frieden abhinge, und zweimal hat der britische Gesandte in St. Petersburg, Sir G. Buchanan, das gleiche gesagt (Blb. Nr. 8 und 17). Sir G. Buchanan erklärt nämlich, er habe Herrn Sasanow darauf aufmerksam gemacht, er möge nicht „den Krieg durch eine Mobilisierung heraufbeschwören“. Falls nämlich Rußland seine Armee auf den Kriegsfuß brächte, werde sicherlich Deutschland nicht nur mobilisieren, um Rußland keine Vorsprungszeit zu geben, sondern es werde wahrscheinlich gleich den Krieg erklären.

England, das also sich durchaus darüber im klaren sein mußte, wo die Gefahr lag, tat gar nichts, um sie zu beseitigen. Hiergegen liegt ein klassisches Zeugnis vom 30. Juli aus Petersburg vor, daß sich Deutschland die redlichste Mühe gab, es zu tun, der belgische Geschäftsträger, Herr de l'Escaille, schrieb nämlich unter diesem Datum an Herrn Davignon, den belgischen Minister des Aeußeren: „Zweifellos hat Deutschland hier sowohl wie in Wien alles versucht, um den allgemeinen Konflikt zu vermeiden.“ (Ce qui est incontestable c'est que l'Allemagne s'est efforcée de trouver un moyen quelconque d'éviter un conflit général).

Man erkannte nun schon damals in Petersburg und London, wie faul es später einmal mit der Begründung des Krieges für den Dreiverband aussehen werde, und so erfand man das Märchen, Graf Berchtold habe sich geweigert, direkte Konversationen mit Petersburg zu führen, worüber sich natürlich in Berlin alle Dreiverbandsmächte beschwerten, welche Beschwerden dem Reichskanzler Anlaß zu dem bekannten Telegramm am 31. Juli nach Wien gaben, von dem er erst in seiner letzten Reichstagsrede Mitteilung machte. Aber dieses Telegramm war insofern überflüssig, als Graf Berchtold die falsche Voraussetzung zu ihm nachweisen konnte, er hatte nämlich am 30. Juli dem Grafen Szapony, dem k. und k. Botschafter in Petersburg, depeschiert: „Ich bin selbstverständlich nach wie vor gern bereit, die einzelnen Punkte unserer an Serbien gerichteten Note durch Euere Exzellenz Herrn Sasanow erläutern zu lassen.“

Als dies „Mißverständnis“ behoben war, blieb den Dreiverbandsmännern nichts anderes übrig, als Deutschlands „Kriegslust“ die Schuld an dem Weltkrieg zu geben. Daß man hierbei in London nicht vor Fälschungen zurückgeschreckt hat, beweist die freche Aenderung eines Telegramms Herrn Vivianis an den Botschafter Cambon in London (Blb. Nr. 105, Beilage 3); das französische Gelbbuch brachte „ungeschickterweise“ später den richtigen Text und die richtige Datierung, und man erkannte sofort, welche Mittel Sir E. Grey anwendet, um Deutschland ins Unrecht zu setzen. Nachträglich hat man versucht, durch neue Fälschungen die Sache aus der Welt zu bringen, man suchte eine Lüge durch eine andere auszugleichen!

Es muß dabei das Blaubuch selbst zugeben, wie man von deutscher Seite arbeitete, den Frieden zu erhalten (Note Sir E. Goschens Nr. 98); man erfuhr in London, wie Deutschland bei Oesterreich angefragt hatte, ob es eine Vermittlung auf der Basis anzu-

nehmen bereit sei, daß die österreichischen Truppen Belgrad oder einen anderen Platz besetzten und von dort ihre Bedingungen stellten? Der Staatssekretär fügte hinzu, wenn Sir E. Grey in Rußland diese Basis als akzeptabel durchsetzen könne und es veranlaßte, in der Zwischenzeit keine als aggressiv zu deutenden Schritte gegen Oesterreich zu unternehmen, so sähe er noch eine Möglichkeit, den Frieden Europas zu erhalten.

Sehr recht hat auch Karl Federn (Politik des Dreiverbands und der Krieg, München, Georg Müller), wenn er folgende kleine, aber sehr wichtige psychologische Indizien für Deutschlands Friedensliebe und Rußlands Kriegswunsch anführt: „Sir E Goschen berichtete, daß er am 29. Juli, als die Aussichten sich immer mehr verdüsterten, den deutschen Staatssekretär Herr von Jagow sehr niedergeschlagen fand (Blb. Nr. 76); und am nächsten Tage berichtete Sir G. Buchnnan, daß der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtales, „vollkommen zusammenbrach, als er sah, daß der Krieg unvermeidlich wurde“ (Blb. Nr. 97) Wenn die Männer der deutschen Regierung den Krieg gewünscht hätten, wären sie so unglücklich gewesen, als sie ihn unvermeidlich sahen? Sie hätten über den Erfolg ihrer Staatskunst jubeln müssen, wie Herr Sasanow, der bissig sagte: „er sei der beständigen Mühe, die er sich gäbe, den Krieg zu vermeiden, vollkommen müde“ (Note Sir G. Buchanans vom 1. August 1914, Blb. Nr. 139), oder Herr Iswolski, von dem der freudige Ausruf berichtet wird: „Das ist mein Krieg!“

Also mit Deutschlands Kriegshetzerei ist es nichts. Aber England selbst war doch friedfertig und hat nur von wegen der belgischen Neutralität zum Schwert gegriffen? Nun, Sir E. Grey setzt voraus, daß seine Landsleute die Berichte der belgischen Diplomaten nicht kennen, die von der Nordd. Allg. Ztg. veröffentlicht wurden, die sehr klar die englische „Friedenspolitik“ als eine durchaus auf Vernichtung Deutschlands ausgehende schildern. Wenn man aber in London diese Veröffentlichung nicht kennt, so erinnert man sich vielleicht einer anderen: Unmittelbar vor Kriegsausbruch (Juli 1914) schrieb der belgische Abgeordnete Herr Louis de Broukère in der „Neuen Zeit“: „Schon wenige Wochen nach den Wahlen (von 1912) gab man den dringenden Vorstellungen Frankreichs, Englands und jedenfalls auch Rußlands nach, und Herr de Broqueville brachte einen Gesetzentwurf ein, der die allgemeine Wehrpflicht einführte. . . . Unsere Feldarmee ist nach dem Befehl der Triple-Entente, die sich zu der Beschützerin unserer Besitzungen aufgeworfen hat, auf die Stärke von 150 000 Mann gebracht worden . . . Morgen wird uns vielleicht England, das nur bei sich den Militärdienst als lästig ansieht, wieder zur Erfüllung unserer Verpflichtungen auffordern. Wir müssen nach den Befehlen der Triple-Entente tanzen, tanzen bis zum Tod.“ Das besagt genug, wie England die belgische Neutraliät auffaßte und zu seinen Gunsten interpretierte.

So fallen alle Scheingründe Sir E. Greys bei näherer Betrachtung in sich selbst zusammen. Wenn er aber die Kriegsziele des Kanzlers mißversteht, nun schon der alte Lichtenberg hat gesagt: „Wenn ein Ochs in einen Spiegel hineinblickt, wie kann ein Prophet herausschauen!“ Das Wort ist zwar sehr derb, aber auch ebenso wahr. Sir E. Grey hat vielleicht auch absichtlich Herrn von Bethmann mißverstehen wollen und kämpft mit Vorbedacht gegen Windmühlen. Wenn man Herrn von Bethmanns Rede mit den Reden der Herren Viviani, Sasanow, Goremykin und auch einiger Aeußerungen Mister Asquiths vergleicht, so wird man unschwer erkennen, wie gemäßigt im Vergleich zu diesen Männern der Kanzler die Kriegsziele geschildert hat. Freilich, daß Sir E. Greys höchste Entrüstung die Idee erregte, der Verlierer, falls es der Vierverband ist, müsse die Kosten tragen, ist begreiflich: England war stets vom Stamme „Nimm“. Falls wir aber verlieren sollten, das ist uns oft genug versichert worden, will man uns bis aufs Weiße zur Ader lassen!

Wenn man nun diese Auseinandersetzung Sir E. Greys mit dem Reichskanzler betrachtet, wenn man hinzunimmt, wie Mister Asquith versehentlich sehr unrichtig die englisch-deutschen Ententeverhandlungen zu schildern beliebte, so drängt sich einem ganz unwillkürlich mit zwingender Gewalt ein Gedanke auf. Ohne Englands freundwillige Mitwirkung auf seiten des Zweiverbandes wäre es nie zum Krieg gekommen. Daß es aber dazu gekommen, ist hauptsächlich das „Verdienst“ der englischen Diplomatie und ihres geheimen Intrigenspiels. In dieser Geheimniskrämerei aller diplomatischen Verhandlungen liegt nun die Hauptsache dieses riesigen Kampfes. Wer glaubt denn ernsthaft, daß, wenn der deutsche Reichstag und das englische Parlament von den Freundschaftsverhandlungen Kunde gehabt hätten, wenn sie bei ihnen mit hätten reden können, sie vergebliche gewesen sein würden. Im deutschen Reichstag wie im englischen Unterhaus hätten sich ganz gewiß Majoritäten gefunden, die für die letzte Formulierung des Reichskanzlers sich eingesetzt hätten, und die englische Regierung wäre dann in der Notlage gewesen, sie annehmen zu müssen, denn in Groß-Britannien herrscht das parlamentarische Regierungssystem, die Diplomatie ist allzulange nur als „geheime Kunst“ betrachtet worden wie etwa ehemals die Alchimie. In den Laboratorien hat man damals weder die Goldbereitungskunst noch den berühmten Stein der Weisen gefunden und ebenso ist es den Geheimdiplomaten gegangen, ihre Weisheit hat nur allzuoft versagt. In dem Zeitalter der Oeffentlichkeit, in dem wir leben, in dem jeder Krieg nicht von kleinen Söldnerheeren um den Besitz von einzelnen Landstrichen geführt wird, sondern in dem die Völker um ihre Existenz miteinander fechten, kann die alte Methode der Diplomatie nicht mehr beibehalten werden, es darf nicht in dem Dämmerlicht der Kabinette über Wohl und Wehe von Hunderten von Millionen entschieden werden; diese Entscheidung gehört an das helle Sonnenlicht des Tages, sie gehört in letzter Linie vor die Volksvertretungen, vor die Parlamente. Nicht eine privilegierte Kaste ist zu ihrer ausschließlichen Führung befugt, sondern der Wille der Nationen hat das entscheidende Wort über das Geschick der Nationen zu sprechen. Und daß dies Ziel erreicht wird, das ist eine Frage, mit der sich alle Völker notwendigerweise nach diesem Krieg beschäftigen müssen.

Valuta oder Zahlungsbilanz?

Von Dr. J. Gustav-Berlin.

Vor diese Frage wird sich — das kann man jetzt schon mit Sicherheit voraussagen — Rußland nach dem Kriege gestellt sehen. Bisher hat Rußland dank einer aktiven Handelsbilanz, d. h. einem starken Ueberwiegen der Warenausfuhr über die Wareneinfuhr, den alljährlichen beträchtlichen Aderlaß wett gemacht, den ihm der Zinsendienst seiner Auslandsanleihen auferlegte. Rußland stopfte also, bis auf das Jahr vor dem Kriege, da die Wareneinfuhr in beängstigendem Maße gegen den Vorsprung der Ausfuhr aufholte, das Loch seines nationalen Geldbeutels mit Waren. Mit diesen Warenlieferungen stützte es auch seine Währung gegen die Anzapfungen, die der internationale Zahlungsverkehr immer von neuem an das Land richtet.

Nun betrug die Staatsschuld Rußlands vor dem Krieg noch keine vollen 8800 Mill. Rubel. Ein einziges Kriegsjahr schlug bereits nahezu 7 Milliarden dazu; und nach Voranschlägen des Finanzministers werden bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres noch ein Erkleckliches über 4 Milliarden aufzubringen sein. Zusammengerechnet ergibt dies die runde Ziffer von 20 Milliarden. (Die genauen Zahlen sind: 8778 + 6975 + 4066 = 19 819 Millionen.) Rund gerechnet wird Rußland sich also nach Konsolidierung der schwebenden Schulden auf einen Zinsendienst von etwa einer Milliarde gefaßt machen, wenn ihm noch vor Jahresschluß der Friede beschert würde. Ob zwar in dieser Zahl auch die Inlandanleihen enthalten sind, so wirken andrerseits die meist im Ausland befindlichen Eisenbahnanleihen als Kompensation, da sie infolge der Staatsgarantie nicht nur die Zahlungsbilanz des Reichs belasten, sondern einen direkt an den Staatssäckel gelegten Drain bilden. Noch nicht abzusehen ist die Art der Unterbringung der noch bevorstehenden Kriegsanleihen, allein man wird nicht weit fehlgehen mit der Schätzung, daß reichlich $^3/_4$ bis $^4/_5$ der Gesamtschuld die Gestalt eines Auslandstributes haben werden. Eine etwaige Fehlerquelle dieser Schätzung wird ausgeglichen durch die für auswärtiges Industriekapital ins Ausland wandernden Zinsen und Dividenden. Also: rund 750 bis 800 Mill. Goldrubel dürften alljährlich aus der russischen Volkswirtschaft herausgepumpt werden! Und diese Last wächst sich, ganz abgesehen von einer etwa beim Friedensschluß zu leistenden Entschädigung, ins Ungeheuerliche aus durch den Valutasturz, der noch viele Jahrzehnte nach dem Kriege, jedenfalls ganz unabsehbare Zeit, nachwirken wird. Der Saugapparat der Auslandsverpflichtungen wird mithin je nach internationaler Bewertung der russischen Inlandswährung (Papierrubel) Jahr für Jahr 1200—1500 Mill. dem Lande entziehen. Das aber bedeutet die chronische Erschöpfung Rußlands.

Was vorauszusehen war, zeigt sich jetzt schon mit grausamer Klarheit: daß ein Krieg von diesen Dimensionen Rußland in den Abgrund des Ruins führen mußte, abgesehen vom Falle eines glänzenden Sieges der russischen Waffen. Diese Brücke ist wohl endgültig zusammengebrochen. Gibt es noch Wege, die aus dieser Schlucht herausleiten?

Das Problem zerfällt in zwei Unterfragen: Einmal — wie ist dem chronischen inneren Bankrott zu steuern, der in der minderwertigen Papiergeldwährung liegt, Handel und Wandel unsicher macht und jede Beteiligung an der Weltwirtschaft mit einem abschreckend schweren Risikokoeffizienten belegt? Zum zweiten — wie ist der äußere, akute Bankrott abzuwenden, d. h. die Zahlungseinstellung der Staatsschuldzinsen? Beide Fragen hängen aufs engste zusammen. Und zwar — und dies dürfte entscheidend für die Wahl werden! — dergestalt, daß die Beseitigung der Währungskalamität noch lange nicht das klaffende Loch der Zahlungsbilanz verstopft, während jede Regulierung der Zahlungsbilanz in dem Sinne, daß der unausgesetzten Kapitalsauswanderung Einhalt geboten und sie gar in eine aktive Zahlungsbilanz umgewandelt wird, automatisch auch die erschütterte Währung festigt. Ueber die Wahrheit des letzteren belehrt uns folgende Betrachtung. Nehmen wir an, durch irgendwelche günstige Umstände würde Rußland ein großer Teil seiner Schuldabgaben an das Ausland abgenommen, sei es nun das Eingreifen einer gütigen Märchenfee oder, was heute nicht minder traumhaft ist, durch Erfüllung des russischen Kriegszieles, wonach die Deutschen die Kosten des Kampfes zu ersetzen und außerdem einen großen Teil der auswärtigen Schuld zu übernehmen gehabt hätten. Es wären dann bloß die alten Schuldzinsen von etwa 410 Mill. Rubel bestehen geblieben, vielleicht aber gar auf 300 oder 200 Mill. herabgesetzt worden. Resultat: ein stark anschwellender Aktivsaldo der Zahlungsbilanz, ein Hereinfluten von Kapital in jeder Form, ein gewaltiges Aufblühen der Nationalwirtschaft und, im Anschluß daran, eine fast selbsttätige Gesundung der Währung, für die der feste Goldgrund sich rasch einstellen würde. Hunderte von Millionen würden alljährlich als befruchtender Strom ins Land fließen, neue Arbeitsgelegenheiten schaffen, Naturreichtümer erschließen, Volk und Staat strotzende Kraft einflößen. Ein herrliches Zeitalter bräche an, wobei freilich die armen Deutschen die Rechnung zu bestreiten hätten oder die gütige Fee das Gegengewicht, die Zentnerlast der Auslandsschuld, weggezaubert haben müßte. Bleibt aber die Magie der Fee oder der deutsche Lastträger aus, dann wäre die Wiederherstellung einer aktiven Zahlungsbilanz nur um den Preis unsäglicher Entbehrungen zu erzwingen. Ein maßloser Steuerdruck müßte der Regierung die Mittel beschaffen, um ihren Verpflichtungen gerecht zu werden; sie selbst müßte sich äußerste Sparsamkeit auferlegen, auf jede Macht-

politik verzichten, jeder Entfaltung der ökonomischen Kräfte entsagen, alle sozialen Reformen zurückstellen. Das Volk würde vor Entkräftung dahinsiechen; es würde an Geist und Körper darben, der Staat kümmern und kranken. Die krampfhafte Anspannung der letzten Kräfte bliebe auf viele Jahrzehnte einzig darauf gerichtet, dem Ausland die Fron zu entrichten. Und im Innern würde die Zerrüttung der Valuta immer hoffnungsloser . . . .

Was die zweite von uns gestellte Unterfrage betrifft, die Wiederherstellung der Währung, so kann sie theoretisch gelöst werden durch Einziehung des Papiergeldes und Ansammlung eines Einlösungsfonds in Gold. Doch bedingt dies wiederum die größten Entbehrungen für Volk und Staat, Verzicht auf äußere Geltung für lange Zeitspannen hinaus, enorme Steuerlasten unter Antastung der Produktivkraft der Nation und rücksichtslose Sparsamkeit. Und dabei erwiese sich der Versuch doch als hoffnungsloses Unterfangen, solange der gierig saugende Abzugskanal der Schuldzinsen die jährliche Milliarde verschluckt und in die Fremde entführt. Doch selbst im Falle des Gelingens, d. h. der Wiedergewinnung einer festen Währungsbasis unter den Füßen, wären zwar manche Leiden und wirtschaftliche Unzuträglichkeiten gemildert, die am Mark des Volks zehrende Auspowerung aber noch lange nicht beseitigt.

Nun wissen wir die Beziehung der beiden Fragen richtig zu werten. Das Problem der Zahlungsbilanz schließt die Valutafrage mit in sich ein; seine Lösung renkt fast ohne besonderes Zutun die verstauchte Währung wieder ein. Dagegen ist mit der opferreichen Beseitigung der Währungsnot noch nichts Ausschlaggebendes für die Umstülpung des Austauschverhältnisses zum Auslande erreicht. Die Lösung der zuletzt berührten Frage (Zahlungsbilanz) erscheint demnach der größeren Opfer wert; die Versuchung sie zu meistern ist ungleich stärker.

Kehren wir nun zurück zu jenem Augenblick, da der Zauberstab der Märchenfee die düstere Lage der hoffnungslos verfahrenen Zahlungsbilanz in rosiges Licht verklärte. Es gibt nämlich ein Mittel, die Passivseite der Zahlungsbilanz ebenfalls mit einem Schlage zu vermindern und niederdrückende Bleigewichte beiseite zu schieben. Das Mittel, das man an die Stelle der Fee treten lassen kann, ist zwar einigermaßen heroisch, aber darum in verzweifelten Lagen nicht minder annehmbar: der Staatsbankrott in irgendeiner Form (Kürzung des Kupons, Kaduzierung der Schuldsumme, völlige Einstellung der Zahlung). Er kann unter Umständen genau so wundertätig wirken wie jene Fee: er schafft sogar neuen Kredit, wo ein Weiterwursteln unter übermäßiger Schuldenlast einem Staate den Kredit abschneiden würde. Und da bei den Russen weder die Fee sich melden dürfte noch der Deutsche gewillt zu sein scheint, die ihm von den großmütigen Moskowitern zugedachte Rolle zu übernehmen, so bleibt der Ausweg immerhin erwägenswert. Zumal wenn, wie im Falle Rußlands, die Kuponkürzung ganz überwiegend Fremde trifft und dem Wertumlauf des eigenen Landes die kostbaren und früchtezeugenden Säfte erhält.

Noch weitere Erwägungen in dem Dilemma, ob Valutaregulierung oder Besserung der Zahlungsbilanz um den Preis der Stutzung des Kupons zuerst in Angriff zu nehmen sei, drängen Rußland in letztere Bahn. Damit nämlich ein Kredit zustande komme, dazu gehören stets zwei: einer, der kreditwürdig ist, und einer, der Kredit geben kann und will. Nun wird Rußland nach einer gründlichen Beschneidung seiner Auslandsverpflichtungen vielleicht nicht „kreditwürdiger“ im wörtlichen Sinne, sicher aber kreditfähiger vom Standpunkt der Zahlungsfähigkeit sein. Sein Hauptgläubiger aber, Frankreich, wird ihm nach dem Kriege weitere Darlehen weder gewähren mögen, noch dazu imstande sein. Alsdann ist aber für die Russen Frankreich als Gläubiger abgetan, und besondere Rücksichten auf diesen Kumpan werden hinfällig. Dies um so mehr, als im politischen Sinne ein großer Teil der Schuld als abgegolten erachtet werden kann. Hat doch Frankreich durchaus nicht sein Geld Rußland ohne Gegenansprüche hingegeben! Je länger desto mehr mischte es sich in die Verwendung ein, schrieb mit oft unangenehmer Aufdringlichkeit die Anlage militärischer Bahnen und die Beschaffung anderen Rüstungsmaterials vor. Es vermeinte einfach in Rußland seine Revanche gegen Deutschland zu finanzieren, französisches Gold gegen russisches Blut einzutauschen, — und wahrlich, die Russen haben damit überreichlich bezahlt! Daß Frankreichs Spekulation sich als falsch erwies, mag ihm nun zum Schaden ausschlagen. So fiele die Rolle, die den Deutschen zugedacht war, auf die Franzosen zurück. Zu ihren Lasten würde in der Hauptsache die Schuldenreduktion gehen. Durch die ihnen aufgezwungene Entsagung werden sie den Russen wieder nach schwerem, von ihnen mitverschuldeten Sturz, auf die Beine helfen.

Ob nicht kraft besonderer Bestimmungen im Friedensvertrag die in Deutschland befindlichen und besonders zu kennzeichnenden Schuldtitel, die heute einschließlich der weniger gefährdeten Eisenbahnobligationen kaum den Betrag von anderthalb Milliarden Rubel erreichen dürften, von einer Kürzung verschont zu werden hätten, bliebe besonderer Erwägung vorbehalten, scheint jedoch durchaus nicht unausführbar. Wenn also nach dem Krieg vor Rußland gebieterisch drängend sich die Frage auftun wird, ob es die Valuta oder den Zinsendienst seiner Anleihen aufrechterhalten will — für beides wird seine Kraft niemals ausreichen —, dann wird klare Einsicht ihm eingeben, durch Aufhebung des letzteren nicht allein die Valuta zu retten, sondern auch der eigenen grenzenlosen Verarmung vorzubeugen. Dieser Entschluß erspart allein dem Volk das Los, sein Letztes herzugeben, um die unersättlichen Gläubiger jenseits der Grenze zu befriedigen; durch ihn allein behält Rußland einige Aktionsfreiheit als Großmacht.

Auslandsspiegel.

„The Anti-German Union."
Ihre Kampagne in Indien.

Wie wir der „Morning Post" vom 21. August d. J. entnehmen, hat die „Madras Mail" einen Feldzug gegen die Deutschen in Indien unternommen durch eine Reihe von Artikeln, aus denen folgendes hier wiedergegeben sei:

In Verfolg der Aufsätze, in denen wir die Notwendigkeit einer Organisation bewiesen haben gegen Deutschlands unvermeidliche „post bellum"-Versuche, seine frühere Stellung im Britischen Reiche wieder zurückzugewinnen, lenken wir jetzt die Aufmerksamkeit unserer Leser auf die Anti-German Union. Dieser Verein verdankt seinen Ursprung einigen Artikeln des Herrn E. B. Osborn in der „Morning Post". Osborn ist der wohlbekannte Journalist, der bei genanntem Blatte die Stelle des verstorbenen Herrn Andrew Lang eingenommen hat. Die Anti-German Union betrachtet als ihr Hauptziel die Verteidigung von britischer Freiheit (!), Industrie, Finanz, politischem und sozialem Leben gegen deutschen Angriff und Einfluß. Sie beabsichtigt, den Wahnsinn eines Krieges unmöglich zu machen, der Deutschland in den Stand setzt, seinen Sturm auf die Zivilisation zu erneuern. Sie beabsichtigt ferner, für eine Abänderung der Naturalisationsgesetze zu arbeiten in dem Sinne, daß Personen deutscher Geburt sowohl aus den Privy Council und beiden Häusern des Parlaments als auch von allen Ehren und Titeln ausgeschlossen werden sollen. Sie will verhindern, daß britische Konsulate von nichtbritischen Untertanen versehen werden. Sie will die Beschäftigung von Deutschen in britischen Industrien erschweren und andererseits diejenigen britischen Unternehmungen unterstützen, die es ablehnen, deutsche Arbeit zu benutzen und deutsche Ware zu verkaufen. . . . Wir sind in der Lage, zu sagen, daß die kommerziellen Kreise von Madras bereits beschlossen haben, der Organisation ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen, und wir sind sicher, daß das Publikum in ganz Indien mit ihren Zielen sympathisieren wird. — Obwohl einige Jahre hindurch gewisse britische patriotische Untertanen durch die Ausdehnung des deutschen Einflußes im Reiche stark betroffen worden waren, so wurde doch erst infolge des gegenwärtigen Krieges die wahre und gefährliche Lage dem großen Publikum offenbar. Noch damals wurde es deutlich, daß dank einer gewissen Apathie und urteilslosen Toleranz in der Vergangenheit Deutschland in die Lage kam, für gewisse Bedürfnisse der britischen Industrien praktisch die einzige Versorgungsquelle zu werden, mit dem Ergebnis, daß der Ausbruch des Krieges die englischen Fabrikanten der Artikel beraubte, der sie bedürfen. Auf diese Weise wurde innerhalb gewisser Grenzen die Erzeugung gestört. Es wurde ferner klar, daß deutsche Finanziers in London und auch sonst im Reiche einen für die nationale Wohlfahrt höchst gefährlichen Einfluß erworben hatten. Und es kann nur wenige britische Untertanen gegeben haben, die nicht die Schamröte aufsteigen fühlten (!), als ein Minister des Kabinetts gezwungen war, die Naturalisation eines deutschen Bankiers nach Ausbruch der Feindseligkeiten als wesentlich für den Kredit der Stadt London zu bezeichnen. Es stellte sich ferner heraus, daß Großbritannien von spionierenden Deutschen wimmelt, und daß in vielen anderen Teilen des Reiches Deutsche lebten, deren Anwesenheit eine Gefahr für die innere Ruhe bildete. Im Jahre 1914 war der deutsche Einfluß tatsächlich überall der vorherrschende. Männer deutscher Herkunft waren Mitglieder des Privy Council. Ein überführter deutscher Spion hatte noch kurz vorher im Unterhause gesessen. Der deutsche Einfluß war wirksam in politischen Körperschaften, im Journalismus, im gesellschaftlichen Leben, in Finanz und Handel, in Unterricht und Erziehung. Der nationale Geist wurde allmählich in die Bahn des Kosmopolitismus und Pazifismus gedrängt, die Deutsche und naturalisierte Deutsche nebst ihrem Anhang ermutigten. Selbst wenn Deutschland nicht einer einzigen Greueltat schuldig wäre — ja selbst wenn wir nicht im Kriege mit Deutschland lebten —, so würden dort starke Gründe vorhanden sein, um zu einer größeren Unabhängigkeit und zu einem wahreren nationalen Leben zurückzukehren. Aber die Handlungen Deutschlands in 1914/15 haben die Gründe für eine deutschfeindliche Bewegung überwältigend stark gemacht. Wir möchten daher allen unseren Lesern zurufen: „Tretet der Anti-German Union bei! Handelt jetzt, wo das Feuer berechtigter Entrüstung noch brennt. . .! Nach der großen Spannung wird eine Reaktion kommen. Und wenn nicht die Weisheit und der Wille der unter britischer Flagge vereinigten Völker jetzt organisiert werden, so werden die Deutschenfreunde und ihre bewußten und unbewußten Komplizen alle Türen den Deutschen wieder öffnen und die erhabenen Opfer derjenigen, die auf dem Felde der Ehre gestorben sind, vereiteln. Wir waren für den Krieg unvorbereitet. Laßt uns wenigstens für den Frieden vorbereitet sein!

Diese wüste Hetze, die den Krieg noch nach dem Frieden fortsetzen will, bedarf keines weiteren Kommentars.

Die französische Propaganda im Auslande.

Die Pariser Handelskammer veröffentlicht bekanntlich halbmonatlich einen Bericht, der in sechs Sprachen übersetzt wird und gegenwärtig eine Auflage von 500 000 Exemplaren erreichen soll. Dieses Propagandamittel wird von den französischen Händlern und Industriellen in den neutralen Ländern verbreitet. Die Pariser Handelskammer hat es sich ferner zur Aufgabe gemacht, die in verschiedenen Sprachen erscheinenden Kriegsbroschüren zu vertreiben und zu verbreiten. Diese Broschüren werden von einem Komité herausgegeben, an dessen Spitze Herr Ernest Lavisse steht. Die Tendenz dieser Hefte, mit denen das neutrale Ausland durch die Vermittlung der Pariser Handelskammer überschwemmt wird — was hat eine Handelskammer mit politischen Broschüren zu tun! — ergibt sich schon aus den Titeln der bisher erschienenen

Hefte, wie: „Comment l'Allemagne justifie ses crimes" (!), „Comment les Austro-Hongrois ont fait la guerre en Serbie." und so weiter. —

Gegen die pharmazeutische Industrie Deutschlands.

In Frankreich haben die Preise für pharmazeutische Artikel infolge der Unterbindung der deutschen Einfuhr ungeheure Steigerungen erfahren. Die Erhöhungen sind derartige, daß man an einen Irrtum glauben könnte, wenn nicht das gewiß einwandfreie Zeugnis der französischen Blätter vorhanden wäre.

„Das Aspirin," so schreibt der „Petit Parisien", „ist fünfzehnmal so teuer wie früher, das Pyramidon viermal so teuer. Die gegenwärtigen Preise staffeln sich im Vergleiche mit den Preisen vor dem Kriege vom doppelten bis zum zwanzig- und dreißigfachen. (!).... Es ist unbestreitbar, daß der Krieg in diesem Handelszweige weniger Störungen hätte verursachen können. Man hätte ihn vorhersehen müssen. Die französischen Industrien hätten selbst fabrizieren können, anstatt sich an Deutschland zu wenden, und die Händler hätten beträchtliche Vorräte aufstapeln können. Das haben sie aber nicht getan.

Vor dem Kriege war die französische Apotheke der deutschen Industrie zu 90% tributpflichtig. Die Industrie unseres Landes hat sich für die Frage überhaupt nicht interessiert. Im Gegenteil. Die Deutschen hatten „kolossale" Fabriken erbaut, Gesellschaften mit großen Kapitalien gegründet und sich zu Herren des Marktes gemacht durch Gewährung großer Vorteile an die Kundschaft, wie lange Kredite, Prämien (?) usw. Wir waren den Zentralmächten ferner tributpflichtig für alle chemischen Produkte, sei es wegen der Mineralschätze dieser Länder, sei es infolge der deutschen Hegemonie, die sich auf alle chemischen Produkte, die mineralischen wie die synthetischen erstreckte." Der Artikel untersucht dann eingehend die Gründe dieses „notwendigen Uebels", behauptet, daß die Preissteigerung ihren Höhepunkt erreicht habe und stellt folgendes fest: „Wir versorgen uns bei den Neutralen (!), die ihrerseits ihre Waren aus Deutschland und Oesterreich beziehen. Das Publikum könnte geneigt sein, anzunehmen, daß die Lage ernst ist. Sie ist in jedem Falle keineswegs beunruhigend. Die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung sind reichlich gesichert. Niemals wird unseren Verwundeten oder Kranken das Nötige fehlen."

Das offene Geständnis, daß Frankreich bei den Neutralen deutsche chemische und pharmazeutische Produkte kauft, verdient auf alle Fälle Beachtung. Daß französische Verwundtete oder Kranke durch deutsche Arzneien wieder gesund werden, um nach ihrer Genesung wieder gegen unsere Truppen zu kämpfen, ist jedenfalls ein unhaltbarer Zustand.

„Verdrängen wir sie!"

Die Bekämpfung des deutschen Handels in Italien.

Wir lesen im „Gaulois" vom 1. August: „Italien", so heißt es im Bericht der französischen Handelskammer in Mailand „ist ein ausgezeichnetes Beobachtungsfeld. Denn hier haben Deutschlands Industrie und Handel, von den Verwaltungen der Eisenbahnen und der Marine, sowie von ihren Konsulaten ausgezeichnet unterstützt, einen Invasionsfeldzug unternommen, dessen Ergebnisse eindrucksvoll geworden waren. Um sich davon Rechenschaft zu geben, genügt es, von 1904 ab die offizielle Zollstatistik zu studieren, namentlich was die bearbeiteten und die Rohmetalle anbetrifft. Allein in dieser Gruppe von Erzeugnissen war es Deutschland durch die der Kundschaft aufgenötigten (sic! octroyées!) Ausnahmebedingungen dank Exportprämien und Spezialeisenbahntarifen gelungen, mehr umzusetzen, als Frankreich in allen Produkten umgesetzt hat! Deutschlands Industrie und Handel waren durch die öffentlichen Behörden wunderbar unterstützt. Es wäre unnütz, auf diesen Punkt insistieren zu wollen, denn man weiß, mit welcher Leichtigkeit die deutschen Exporteure ihre Produkte franko Spesen schnell nach allen Ländern beförderten. Und ihre Konsulate waren Meisterwerke der Spionage (!), nicht nur der politischen und militärischen, sondern auch der wirtschaftlichen. Der Exporteur wußte, daß sein Vertreter im Auslande die Pickelhaube hinter sich hatte (!), in Gestalt eines Konsuls, der gleichzeitig Militär, Diplomat, Händler und Geschäftsmann und immer bereit war, mit allen Mitteln zu intervenieren, um die teutonischen Interessen zu verteidigen. Aber man kann den individuellen, kommerziellen Wert der deutschen Industriellen nicht leugnen. Man muß anerkennen, daß sie ihre Erfolge ihrer Hartnäckigkeit, ihrer Geschmeidigkeit, ihrer Liebe zum Geschäft verdanken die ihre ganzen intellektuellen Fähigkeiten absorbiert. Die ihnen keine andere Energie mehr übrig läßt, als die recht materieller Art, große Töpfe Bier nach zwölf- und mehrstündiger Tagesarbeit hinter die Binde zu gießen. Selbstverständlich wollen wir die französischen Exporteure nicht veranlassen, ihrem Beispiel zu folgen und in ihrem Leben kein anderes Ideal zu haben als Geschäft und immer wieder Geschäfte. Indessen, es gibt eine richtige Mitte, und es gilt, diese richtige Mitte zu finden!

Revue der Presse.

Auf die Bedeutung der Länder des Islam für den deutschen Handel weist Davis Trietsch-Berlin in der Wochen-Ausgabe des Berliner Tageblattes (31. August) hin. Die

deutsch-islamische Wirtschaftspolitik

steht infolge des Krieges vor einer Neuorientierung. Zwar hat sich der Handel der Zentralmächte mit der Türkei und den anderen islamischen Ländern in den letzten Jahren sehr gehoben, aber es bestehen so außerordentlich viele Möglichkeiten, diesen Handel

weiter auszubauen, daß es sich verlohnt, diese im einzelnen zu untersuchen. Von den Produkten des Orients könnte Deutschland Baumwolle, Seide, Hanf, Häute und Felle sowie Getreide in ganz anderem Umfange beziehen, als dies bisher geschieht. Die Beteiligung an der Aufschließung des türkischen Bergbaues würde Deutschland eine Reihe wertvoller Rohstoffe zuführen. Für den Export Deutschlands nach dem Orient kommen die zahlreichen Industrieprodukte in Betracht. An erster Stelle stehen die Manufakturwaren, die England bisher in erheblichem Maße lieferte. Außerdem erfordert die wirtschaftliche Erschließung der Türkei die Beschaffung von Maschinen, die ebenfalls durch Deutschland geliefert werden können. Der deutsche Handel mit den Hauptländern des Islam beläuft sich auf etwa 800 Millionen oder ein Siebentel des Handels der betreffenden Länder. — In der Vossischen Zeitung (31. August) vergleicht Dr. Erwin Steinitzer

die Kolonialsysteme

mit Rücksicht darauf, welches System Deutschland dem Wiederaufbau seiner Kolonien zugrunde legen soll. Er kommt zu dem Resultat, daß das englische Kolonialreich dazu nicht dienen kann, da es in „unbewußtem Imperialismus“ entstanden ist unter teilweise ganz anderen Voraussetzungen, als sie heute gegeben sind. Dagegen scheint ihm die „Nouvelle France“ wohl ein geeignetes Vorbild, da es sich in geschickter Weise um eine stark europäisierte Stammkolonie gliedert, die für den Fall eines Krieges als militärisches Kraftzentrum dienen kann. Dies ist das Wesentliche für die Organisierung eines Kolonialreiches, denn der gegenwärtige Krieg hat gezeigt, wie gering die Möglichkeit ist, ein regellos zerstreutes Kolonialreich zu verteidigen. — Ueber

Rigas wirtschaftliche Bedeutung

bringt die Kölnische Zeitung (5. September) einige Zusammenstellungen. Danach hat sich der Gesamthandel Rigas, soweit er sich zur See abspielt, von 1900 bis 1906 etwa verdoppelt und bis 1913 sogar verdreifacht. Die Einfuhr ist von 58,6 auf 147,8 Mill. Rubel gestiegen, die Ausfuhr hat sich von 72,9 auf 225,6 Mill. Rubel gehoben. Die übrigen russischen Ostseehäfen übertrifft es damit bedeutend. Die Hauptausfuhrartikel Rigas sind Getreide, Saaten, Eier, Butter, Flachs, Häute und Felle, sowie Holz, dieses hatte 1912 allein einen Wert von etwa 40 Mill. Rubel. Unter der Einfuhr stehen voran Kohlen, Eisen und Maschinen, daneben sind noch Baumwolle und künstliche Düngemittel zu erwähnen. Im Gesamthandel Rigas steht England an der Spitze, es folgen Deutschland, Belgien, Amerika, Holland und Frankreich. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in den Zahlen für Holland und Belgien ein Teil der Durchfuhr nach Deutschland enthalten ist. — In einem Artikel der Vossischen Zeitung (8. September) über

die Lage der Schweizer Industrie

wird gezeigt, wie die Hauptindustriezweige des Landes durch den Krieg beeinflußt wurden. Da die Herstellung vieler Waren infolge der Rohstoffknappheit oder der Absatzschwierigkeiten nicht vorgenommen werden konnte, haben manche Industrien sich anderen Gegenständen zugewandt. Teilweise finden die Fabriken allerdings auch Beschäftigung in der Herstellung von Kriegsbedarf sowohl für die Zentralals auch für die Ententemächte. So stellt die Uhrenindustrie Schrapnellzünder für die Munitionsfabriken in Lyon her. Schließlich haben einige Industriezweige Nutzen aus der Ausschaltung des Außenhandels der Zentralmächte. Allerdings handelt es sich dabei nur um etwas Vorübergehendes wie etwa bei der Stickerei-Industrie, die im Frieden nicht mit der deutschen (Plauen) konkurrieren kann. Die Baumwollindustrie hatte unter den Schikanen Englands und Italiens besonders zu leiden, dadurch fehlte es ihr lange Zeit am nötigen Rohstoff. Aehnlich geht es der Schokoladenindustrie, die hinsichtlich ihrer Rohstoffe auf die Kriegführenden angewiesen ist, da sie den Zucker von den Zentralmächten beziehen muß, die Kakaobohnen durch Vermittlung der Vierverbandsmächte. Die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung sollen durch die Errichtung eines Einfuhrtrustes beseitigt werden, über die seit längerer Zeit unterhandelt wird. — In der Täglichen Rundschau (31. August) beschäftigt sich der Geschäftsführer des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungswesen, Architekt E. Leyser, mit dem Zusammenhang zwischen

Wohnungsfrage und Erhaltung unserer Wehrkraft.

Er stellt fest, daß sich jetzt bereits ein Wohnungsmangel bemerkbar machte für kleine Wohnungen. Dies erklärt sich aus dem Ruhen der Bautätigkeit, dem Mangel an Kleinwohnungen bereits im April 1914 und der Abwanderung vieler Familien aus größeren in kleinere Wohnungen. Der Mangel wird nach dem Kriege noch größer werden, da die während des Krieges zusammengelegten Haushalte sich wieder trennen, die Kreigsgetrauten sich Wohnungen einrichten werden und der Zustrom von Militäranwärtern und Arbeitern nach den Großstädten sich sehr steigern wird. Die Errichtung neuer Wohnungen wird erschwert durch die Verteuerung des Leihkapitals infolge der Kriegsanleihen. Soweit außerdem Kapital frei ist, wird es sich dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und der Wiederauffüllung der Rohmaterialbestände zuwenden. Der Hausbesitz wird zu starken Mietserhöhungen übergehen müssen. Dadurch würden die heimkehrenden Krieger, die zum Teil schon mit Mietschulden überlastet sind, vielfach um ihre Wohnung gebracht werden, besonders wenn die Grundlage des Mietsvertrages die Bedingung „keine Kinder“ ist. Der Verein für Kleinwohnungswesen schlägt verschiedene Abhilfemaßregeln vor. Die Wohnungsfürsorge des Reiches soll sich auf die Invaliden erstrecken, die Versicherungsanstalten sollen einen Teil ihrer Mittel für zweite Hypotheken bereitstellen. Die schnelle Lösung dieser Frage ist notwendig, da sie für die Volks- und Wehrkraft Deutschlands sehr wichtig ist. — An die Worte Walter Rathenaus in der Generalversammlung der AEG. knüpft die Berliner Morgenpost (5. September) einige Betrachtungen über

Intensive Wirtschaft.

Der Begriff intensive Wirtschaftsweise ist der Landwirtschaftslehre entnommen. Man spricht von intensiver Wirtschaft bei starker Verwendung von Kapital und Arbeit zur Erreichung von Höchsterträgen aus dem Boden. In der Industrie dagegen bezeichnet intensive Wirtschaftsweise eine solche, in der ein möglichst großer Teil des Aufwandes auf das Sachkapital entfällt und nur ein geringerer auf die Arbeit. Als Beispiele werden erwähnt der Uebergang von der Hand- zur Maschinensetzerei in der Druckerei oder von der Lohgerberei zur chemischen Gerbung. Die intensivere Fabrikation erhöht die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und ermöglicht die Erhöhung des Lohnniveaus. Außerdem schafft sie neue Arbeit für andere Industriezweige, da diese die Maschinen herstellen müssen oder die Hilfsstoffe liefern. Der Zwang zur Intensivierung unserer Wirtschaft, wie er durch den Krieg zweifellos hervorgerufen ist, kann auf diese Weise zu einer Stärkung der deutschen Wirtschaft führen. — In der Kölnischen Zeitung (6. September) findet sich in einer Zuschrift aus dem Felde der Vorschlag der

Kapitalisierung der Kriegsrenten.

Die Zahlung von Renten birgt große Gefahren für die Arbeitswilligkeit des Rentenempfängers in sich, da sie — wie bei der Unfallversicherung festgestellt wurde — die Neigung sich zu betätigen hemmt. Prof. Naegeli-Tübingen hat an Fällen aus der Schweizer Unfallversicherung gezeigt, daß bei Kapitalisierung der Rente die behauptete Arbeitsunfähigkeit sich besserte. Außerdem ist es wünschenswert, daß der Staat den wirtschaftlich Schwachen stützt, dies kann nur durch Ueberlassung von Kapital geschehen, mit dem die Schaffung einer Grundlage für die wirtschaftliche Arbeit möglich ist. Da in manchen Fällen die Verwendung des Kapitals nicht möglich ist (Blinde, Arbeitsunfähige), würde es sich empfehlen, den Rentenempfängern die Wahl zwischen Rentenbezug und Kapitalisierung zu lassen. Zweifellos würden sich die meisten für die Kapitalisierung entschließen. — In der Täglichen Rundschau (2. September) setzt Justizrat Bamberger die Erörterungen über die

Kriegsgewinn- und Kriegserbschaftssteuer

fort. Er knüpft an die Aeußerungen des Staatssekretärs Helfferich in der Reichstagssitzung vom 20. August an. Die beabsichtigte Anlehnung der Kriegsgewinnbesteuerung an die Vermögenszuwachssteuer hält er für durchführbar, glaubt aber, daß sie zweckmäßiger mit der Einkommensteuer verbunden werde. So ist sie in den nordischen Staaten eingeführt worden. Gegenüber der Vermögenszuwachssteuer hätte die Verbindung mit der Einkommensteuer noch den Vorzug, daß diese jährlich erhoben wird, die Zuwachssteuer dagegen nur alle drei Jahre. Ueber die Höhe der Besteuerung liegen bisher keine Angaben vor. Justizrat Bamberger vergleicht seine Vorschläge mit den in Sätzen der nordischen Staaten. Bambergers Sätze steigen von 5 bis 20%, Dänemark kennt nur einen Satz (10%), Schweden beginnt mit 12 und endet mit 18%. Auf Grund seiner Sätze errechnet er eine Einnahme von 781 Millionen im Jahr, so daß ein monatlicher Zinsverlust von ungefähr 3 Millionen ℳ eintritt für jeden Monat, um den diese Steuer hinausgeschoben wird. Außerdem bleibt zu berücksichtigen, daß ein Teil der Kriegsgewinne durch Spekulationen, Verluste und Schiebungen inzwischen verloren geht. Die Kriegserbschaftssteuer ist bisher im Reichstag nicht erwähnt worden, sie hat mit den Kriegsgewinnen steuertechnisch nichts zu tun. Gefordert wird sie, weil durch den Krieg häufig entfernte Verwandte ganz unverdientermaßen in den Besitz großer Kapitalien kommen. — Auch die Deutsche Tageszeitung (3. September) beschäftigt sich mit der Frage der

Kriegsgewinnsteuer.

Sie bringt zunächst die Aeußerungen Helfferichs und wendet sich dann gegen die Ausführungen Bambergers in der Täglichen Rundschau. Die Verknüpfung der Kriegsgewinnsteuer mit der Einkommensteuer hält sie für nicht durchführbar, da keine Reichseinkommensteuer besteht. Während sie einer Kriegsgewinnsteuer an sich günstig gegenübersteht, lehnt sie den Gedanken einer Kriegserbschaftssteuer ab, da diese einen nach deutscher Auffassung recht unschönen Beigeschmack habe. — Die Vossische Zeitung (7. September) vergleicht die Ausweise der

französischen Banken im Kriege

mit den letzten Friedensausweisen. Von den drei französischen Großbanken hat die Société Générale am meisten gelitten. Die Depositen und Kreditoren haben um etwa 7 Mill. Frs. abgenommen und betragen nur noch etwa die Hälfte des Friedensbestandes. Infolge der geringeren Mittel sind alle Posten auf der Aktivseite der Bilanz stark reduziert worden. Die Wechsel allein zeigen ein Minus von über 400 Mill. Frs. Bei dem Comptoir National beträgt der Rückgang der fremden Gelder etwa eine halbe Milliarde Frs., wodurch diese auf etwa zwei Drittel ihres Friedensstandes zusammengeschmolzen sind. Unter den Aktiven sind die Wechsel besonders stark zurückgegangen, die Kassen- und Bankguthaben dagegen weisen — im Gegensatz zur Société Générale — eine ziemliche Erhöhung auf. Bei der größten der drei Banken, dem Crédit Lyonnais, beträgt der Rückgang der fremden Gelder ebenfalls etwa eine halbe Milliarde Frs. Auf der Aktivseite haben ganz besonders große Verschiebungen stattgefunden. Die Wechsel nahmen um 700, die Debitoren um 300 und die Lombards und Reports um 100 Mill. Frs. ab. Dagegen erhöhten sich Kasse und Bankguthaben um fast 600 Mill. Frs. Alle drei Banken weisen eine starke Abnahme der Akzepte auf (von 425 auf 99 Mill. Frs.). Bei einem Vergleich dieser Zahlen ist nicht zu vergessen, daß ein nicht unerheblicher Teil Frankreichs durch Deutschland besetzt ist. — In der Deutschen Tageszeitung (6. September) findet sich unter der Ueberschrift

Steigender Zinsfuß und Hypothekenkündigungen während des Krieges

der Vorschlag, das Kündigungsrecht der Hypothekengläubiger während des Krieges auszuschließen, wenn durch den Schuldner die Zinsen pünktlich gezahlt werden. Motiviert wird dieser Vorschlag damit, daß die Landwirtschaft ein so wichtiger Faktor für die Volksernährung sei, daß sie nicht in Geldschwierigkeiten kommen dürfte. Als Vergleich wird das Privatmoratorium herangezogen, welches die Börse sich gegeben hat. — Die Vossische Zeitung (2. September) bringt einen Beitrag aus der Feder Bernhard Dernburgs

Das Ausland und wir,

in dem darauf hingewiesen wird, daß wir beim Verkehr mit fremden Völkern in erster Linie versuchen müssen, diesen Völkern menschlich näher zu kommen und nicht den Gebrauch der Ellenbogen in den Vordergrund stellen dürfen, wodurch wir zwar geschäftliche Vorteile gehabt, uns im übrigen aber vielfach den Haß der anderen Völker zugezogen haben. — In der Wochenschrift „Das Hotel" (27. August) faßt Dr. R. Glücksmann seine Untersuchung über

die Hotels in den ersten acht Kriegsmonaten

zusammen. Danach sank die Zahl der beschäftigten männlichen Angestellten auf etwa zwei Drittel der Friedenszeit und die der Frauen auf drei Viertel. Die Anzahl der Gäste fiel auf etwas über die Hälfte, dem entsprechend sanken auch die Zimmer- und Kücheneinnahmen, die Löhne dagegen ließen sich nur auf ungefähr zwei Drittel des Friedensstandes reduzieren. Hieraus geht hervor, daß, solange man die Hotels nicht überhaupt schließen will, mit bestimmten Mindestpersonal gerechnet werden muß, gleichgültig, ob das Hotel gar nicht oder gering besetzt ist. — Unter der Ueberschrift

die ägyptische Baumwolle und die Schweiz

berichtet die Vossische Zeitung (7. September) über die Verdächtigungen der schweizer Käufe ägyptischer Baumwolle, die ein bekannter Alexandriner Baumwollhändler in der englischen Presse ausgesprochen hat. Dort wurde behauptet, daß die Ausfuhr ägyptischer Baumwolle nach der Schweiz im letzten Jahr das Vierfache der früheren Ausfuhr betragen habe. Es sei deshalb anzunehmen, daß ein Teil der Baumwolle nach den Zentralmächten weitergeliefert worden sei. Demgegenüber wird nachgewiesen, daß der Mehrbezug ägyptischer Baumwolle durch die Schweiz sich ganz einfach daraus erkläre, daß die Schweiz die sonst verarbeitete amerikanische Baumwolle nicht habe erhalten können und daher gezwungen gewesen sei, ägyptische Baumwolle zu beziehen, von der ein erheblicher Teil noch in Genua lagere. — Durch die Bundesratsverordnungen über die Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauerein ist, wie die Berliner Morgenpost (8. September) schreibt

ein Kriegsmarkt

entstanden, indem Handel mit den nicht verbrauchten Brauerei-Kontingenten getrieben wird. In der Tageszeitung für Brauerei befinden sich in einer Nummer 15 Gesuche und 8 Angebote von Brauerei-Kontingenten, ein Zeichen dafür, daß dieser Handel nicht unerheblich ist.

Umschau.

Zur Bekämpfung des Petroleumwuchers. Herr Dr. Hans Lieske, Leipzig, schreibt mir: „Die Bekanntmachung über die Höchstpreise für Petroleum gestattet dem Reichskanzler die Bewilligung von Ausnahmen. Infolgedessen war zu erwarten, dass alsbald aus den Kreisen des Petroleumhandels Bestrebungen einsetzen würden, die den Erlass derartiger Ausnahmevorschriften bezweckten. Die Petroleumhändler machen geltend, sie würden durch die Verordnung schwer geschädigt; sie hätten seinerzeit das Petroleum zu viel höheren Preisen eingekauft und müssten nun bei Einhaltung der Höchstpreise mit Verlust verkaufen. Die Spekulanten, die an der Preistreiberei schuld seien, hätten es verstanden, das Petroleum noch rechtzeitig abzustossen, so dass den Schaden allein der reelle Petroleumhandel zu tragen habe. Tatsächlich scheinen auch daraufhin bereits Ausnahmen von den Höchstpreisen zugelassen worden zu sein, so dass das Publikum wieder 50 Pfg. und mehr für das Liter Petroleum zahlen muss. Einem derartigen Vorgehen muss mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Die Bundesratsbekanntmachung will allerdings auch den gewissenlosen Spekulanten, die sich in den reellen Petroleumhandel einnisteten, das Handwerk legen. Das ist aber nur ein Nebenzweck. Der Hauptzweck der Bekanntmachung ist selbstverständlich, daß der Verbraucher das Petroleum zu einem angemessenen Preise erhält. In unserer Zeit der allgemeinen Teuerung ist es ausserordentlich zu begrüßen, wenn das Publikum durch Höchstpreisgesetze geschützt wird. Diesen Schutz durch Ausnahmevorschriften wieder hinfällig zu machen, wäre ein verhängnisvoller Irrtum. Der Petroleumhandel darf nicht vergessen, dass er in den letzten Wintermonaten, als die Petroleumpreise so unverhältnismässig in die Höhe getrieben wurden, auch beträchtliche Gewinne eingesteckt hat. Wenn er die Verluste, die ihm jetzt durch die Höchstpreisverordnung drohen, von diesen Gewinnen abzieht, wird ihm im allgemeinen immer noch ein Sümmchen bleiben. Bedauerlich ist allerdings eins: dass die Spekulanten anscheinend wieder durchschlüpfen. In dieser Hinsicht liegt aber der Fehler an der Verordnung. Anstatt in § 7 Ausnahmen zuzulassen, hätte man das Uebel an der Wurzel fassen sollen. Man hätte die Kaufpreisvereinbarung aller Verträge, die der reelle Petroleumhandel mit den Kriegsspekulanten geschlossen hat, mit rückwirkender Kraft für nichtig erklären und als Kaufpreis bereits 30 Mark für 100 Kilogramm oder 125 Liter festsetzen sollen. Eine Abgrenzung der Begriffe Kriegsspekulanten und reeller Petroleumhändler hätte sich zweifellos finden lassen. Die Folge wäre dann gewesen, dass die Spekulanten den Verlust zu tragen gehabt hätten. Juristische Bedenken gegen eine solche rückwirkende Nichtigkeit bestehen nicht. Der Bundesrat hat auch sonst in sogenannte wohlerworbene Rechte eingegriffen, von dem gesunden Gedanken aus, dass das

Interesse des einzelnen hinter das Wohl der Allgemeinheit zurückzustellen sei. In der Petroleumverordnung selbst findet sich ein Eingriff in solch wohlerworbene Rechte: § 6 ermächtigt den Reichskanzler, die Petroleumgesellschaften anzuweisen, dass sie von ihren Lieferungsverträgen abgehen, also etwa dem einzelnen Wiederverkäufer weniger liefern als er nach dem Vertrage verlangen könnte. Es wäre sehr wünschenswert, dass der Bundesrat noch nachträglich in der angeregten Richtung Schritte tut. Denn werden, um den reellen Petroleumhandel nicht zu schädigen, Ausnahmevorschriften erlassen, so wird eine Ausnahmevorschrift die andere nach sich ziehen und das Publikum muss die Kosten zahlen. Der Weg, den der Bundesrat zur Vermeidung der Schädigung des Petroleumhändlers gewählt hat, hat sich nicht als gangbar erwiesen. Der Bundesrat ging nämlich davon aus, dass es den Händlern vor dem Inkrafttreten der Verordnung meist möglich sein werde, teurer eingekauftes Petroleum noch schnell abzustossen. Wie aber vorauszusehen war, hütete sich jeder — die Verordnung ist am 8. Juli erlassen und am 15. Juli in Kraft getreten —, vor dem 15. Juli eine grössere Menge als unbedingt nötig zu kaufen. Würde dagegen der Bundesrat die Bekanntmachung in der vorgeschlagenen Weise ändern, so wären drei erstrebenswerte Ziele auf einmal erreicht: das Volk behielte annehmbare Petroleumpreise, der reelle Handel erlitte keine Nachteile und diejenigen, die die grosse Zeit dazu missbrauchen, ihre Taschen zu stopfen, würden an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen."

Kriegsbörse. Ein Hamburger Bankier schreibt mir: „In der letzten Ausgabe des ‚Plutus" schreiben Sie sehr scharf gegen das Offenhalten der Börse. Ich bin entgegengesetzter Ansicht wie Sie, und gestatte mir, meine Gründe in folgendem auszuführen. 1. Ich bin Ihrer Ansicht, dass es richtig ist, die Börse aus politischen Gründen offiziell geschlossen zu halten, damit, wenn wir einmal militärisch ungünstige Ereignisse durchzumachen haben, durch den Rückgang der Kurse keine weitere Beunruhigung im Lande eintritt. Auch würden die offiziellen Kurse ein falsches Bild geben, da jetzt keine Aufträge für ausländische Rechnung angenommen werden dürfen und somit kein richtiges Resultat von Angebot und Nachfrage vorliegt. Auch würde dann das Interesse für die Kriegsanleihen wesentlich geringer sein, und schliesslich widerspricht es dem Anstand, dass ein lebhaftes Börsengeschäft stattfindet, während sich an den Grenzen die blutigsten Schlachten abspielen. Abgesehen von allem anderen wird es auch schwer sein, ein zuverlässiges Personal für die Feststellung der offiziellen Kurse zu finden. Soweit bin ich also ganz Ihrer Ansicht. Ich halte aber eine nicht offizielle Börse, wie wir sie jetzt haben, für richtig, und dieser Zwitterzustand hat sich im letzten Jahr in Hamburg auch sehr bewährt. Würde gar keine Börse stattfinden, so würde die Uebervorteilung der Privatkundschaft eine noch grössere sein, als jetzt. In Hamburg hat sich z. B. ein sehr grosses Geschäft in amerikanischen, vor allem aber in skandinavischen Werten herausgebildet. Die Kapitalisten können durch die Bankiers und Makler, dadurch, dass an der Börse eine Aussprache über Werte dieser Art stattfindet, eine gewisse Kontrolle erhalten. Diese sehr wertvolle Tätigkeit der Banken, Bankiers und Kapitalisten, auswärtige Werte abzustossen, um dagegen Geld nach Deutschland zu bringen, wird durch die halboffizielle Börse gefördert. 2. Das Abstossen von Effekten seitens schwacher Hände und ihre Ueberleitung in starke Hände kann nur erfolgen, wenn wenigstens eine halboffizielle Börse stattfindet. Man kann nicht sagen, dass es gleichgültig ist, ob der eine oder der andere diese oder jene Werte besitzt. Durch die kriegsindustrielle Tätigkeit haben sich die Vermögen in Deutschland ausserordentlich verschoben; reiche Leute sind arm, arme Leute reich geworden. Leute, die zu Anfang des Krieges mit Effekten beladen waren, können sie jetzt an reich gewordene Leute abstossen, und dieser Besitzwechsel ist in sich ausserordentlich gesund. 3. Die Wiedereröffnung der Börse muss vorbereitet werden. Wenn keine nichtoffizielle Börse stattfindet, wird bei allen Kapitalisten, Banken und Bankiers ein grosses Gefühl der Unsicherheit vorherrschen, da sie auch nicht den geringsten Anhalt für den Wert der beliehenen Wertpapiere haben. Jetzt werden Kurse genannt, ohne dass grosse Geschäfte in den Effekten gemacht werden; aber diese Schätzungen geben allen Beteiligten einen gewissen Anhalt. Man kann, wo es möglich ist, Nachschüsse verlangen, und wenn die Börse wieder eröffnet wird, ist nicht mit einem Male ein grosser Schreck über den plötzlichen Rückgang oder die Steigerung gegenüber den letzten offiziellen Kursen vorhanden, sondern es hat sich vor den Augen des Publikums eine gewisse Entwicklung auf gesunder Grundlage vollzogen. Hier in Hamburg, wo man weniger geräuschvoll arbeitet, als in Berlin, hat man auch zu keiner Zeit die Spekulation so übertrieben, wie dort. Es gibt aber, wie man jetzt erst gesehen hat, wohl Mittel und Wege, eine übertriebene Spekulation einzudämmen. Das Erscheinen von Herrn Göppert genügt, wie figura zeigt. Ich finde, man sollte nicht das an sich schon unglückliche Wort: e n t w e d e r - o d e r aussprechen, sondern mir erscheint das Zwischending, wie es eben in der nichtoffiziellen Börse besteht, aus den vorstehend angeführten Gründen durchaus gerechtferigt."

Die Lage der österreichischen Rohölindustrie. Mir wird geschrieben: „Die Erfahrungen des abgelaufenen Kriegsjahres haben mehr als alle Kalkulation die Bedeutung des galizischen Naphthagebietes in den Vordergrund gerückt. Auch in der militärischen Technik hat die motorische Kraft den animalischen Betrieb zu verdrängen begonnen und sich weitere Entwicklungsmöglichkeiten gesichert. So darf es denn nicht wundernehmen, dass die galizischen Erdölbetriebe derzeit unter militärischem Regime stehen und militärische Stellen in allen Fragen der Oelförderung und Verwaltung die Entscheidungen fällen. Der Wiederaufbau des vom Feinde arg mitgenommenen Gebietes geht den Verhältnissen entsprechend nur langsam vor sich. Die Hauptbahnlinien nimmt der Soldat für sich in Anspruch, so dass Bau- und technisches Material nur zur Not herbeigeschafft werden können. Dazu kommt, dass der Mangel an Arbeitskräften sich trotz besonderen Entgegenkommens der Militärverwaltung starkt fühlbar macht und geradezu phantastische Lohnverhältnisse gezeitigt hat. Daher eine gewaltige Steigerung der Betriebskosten, worunter insbesondere der Bohrbetrieb leidet, dessen Kostspieligkeit

kleinere Unternehmer nicht auf sich nehmen können. Dementsprechend ist der Gesamtbetrieb zu kaum ein Drittel im Gange. Hier tut Abhilfe dringend not und an den Produzenten-Organisationen wie an den das Rohölbelehnungsgeschäft pflegenden Banken liegt es, dass bald normale Verhältnisse Eingang finden. Augenblicklich behilft man sich mit dem Abtransport der etwa zu zwei Drittel unversehrt gebliebenen Vorräte. Selbst wenn volle Förderungskapazität in absehbarer Zeit erreicht sein sollte, muss bei der kolossalen und von Tag zu Tag zunehmenden Bedarfssteigerung solcher Erfolg bloss ein vorübergehender bleiben. Remedur lässt sich einzig von Neuinvestitionen erhoffen. Für die erste Zeit nach dem Friedensschlusse kann kaum erwartet werden, dass Engländer und Franzosen, die im Laufe der letzten Jahre viele Millionen in den Naphthagruben Galiziens festgelegt haben, neue Kapitalien zuführen werden. Nicht bloss deshalb wäre es wünschenswert, dass deutsches Geld zur Belebung der Investitionstätigkeit beitrage. Der jetzt so populäre Ruf nach dem engen wirtschaftlichen Zusammenschluss, besonders aber die Gleichartigkeit der bezüglichen Interessen scheinen günstige Aussichten zu bieten, zumal der deutsche Kleinunternehmer fast durchweg gut abgeschnitten hat. Gerade die kleineren deutschen Gesellschaften repräsentieren sich alle als gut konsolidiert. Sachgemässe Leitung und einheitliche, zielbewusste Arbeit haben ihnen besonders in den Monaten vor Kriegsausbruch zu schönen Erfolgen verholfen. Weniger gilt das für das deutsche Grosskapital wesentlich im Konzern der Premiergruppe konzentriert, deren Grossaktionär die deutsche Erdöl-A.-G. ist. Mit dem ausserordentlich hoch zu Buch stehenden Grubenbesitz hat die Dea eine Reihe von stark passiven Fabriken und Pipelinegesellschaften übernehmen müssen. Eine vielfach ins Blaue arbeitende Leitung hat dazu beigetragen, dass die Premiergruppe binnen kurzem ein Drittel ihres Aktienkapitals abstempeln musste. Dabei ist die Produktion der Gruben eine sehr ansehnliche, der Besitz an wertvollen Schürfen respektabel. Was die Gesamtproduktion überhaupt betrifft, so lässt sich nicht verhehlen, dass sie stetig im Abnehmen begriffen ist. Der Grund hierfür liegt sicherlich nicht in der Erschöpfung der Quellen, die ungemein ergiebig, ihren Totsagern erst vor kürzerer Zeit einen neuen allerdings an die 1400 m tief liegenden Horizont aufgeschlossen haben. Vielmehr in der arg um sich greifenden Verwässerung des Hauptnaphthagebietes Tustanowice. Ueber die Ursachen dieser Gefahr, der gegenüber auch die vollkommenste Technik nicht völlig aufkommen kann, sind sich die Fachleute nicht ganz im klaren. Die grossen Gesellschaften beugen etwaigen aus diesem Umstand im Laufe der Jahre sich ergebenden Produktionseinbussen in der Weise vor, dass sie ihren alten Grubenbesitz durch Neubohrungen in anderen Rayons zu erweitern suchen. Dass diese Suche nach neuen Oelfeldern systematisch und intensiver betrieben werde, liegt im Lebensinteresse der österreichischen wie der deutschen Petroleumindustrie. Bei der allgemeinen Bedeutung, die dieser Frage zukommt, geht man nicht in der Annahme fehl, dass nach Eintritt stabiler Verhältnisse die Investitionstätigkeit in galizischen Petroleumwerten die wünschenswerte Belebung erfahren wird."

Gedanken über den Geldmarkt.

Immer mehr rückt unter den wirtschaftlichen Sorgen des Vierverbandes das Problem der Zahlungsbilanz mit Amerika in den Vordergrund. Der Kurs des Kabeltransferts New York ist heute das eigentliche Barometer für die Londoner Börse, und seiner Meldung sehen die Cityleute mit vielleicht nicht geringerer Spannung entgegen als den Nachrichten von der Front. Ja, man kann sogar konstatieren, dass auch die Haltung der New Yorker Börse von dem Auf und Nieder des Wechselkurses beeinflusst ist, und zwar in der gleichen Richtung wie die Londoner. Das vermag keineswegs zu überraschen, denn der Wallstreetspekulant, dessen Geschäft heute auf der Fortdauer des „Booms" in Kriegswerten beruht, fühlt instinktiv, dass mit jeder weiteren Verschlechterung der fremden Währungen die Gefahr einer Beeinträchtigung dieses einträglichen Geschäfts im Wachsen begriffen ist.

Man kann nicht sagen, dass die englische Regierung nicht die nötige Energie zur Lösung der Schwierigkeiten des Wechselkurs-Problems entwickele; im Gegenteil, sie ist sich des Ernstes der Lage zweifellos bewusst und schreckt auch keineswegs davor zurück, das Uebel auf dem natürlichsten, wenn auch opfervollsten Wege zu bekämpfen, durch Goldexporte. Natürlich gehen diese, den besten Traditionen englischer Politik getreu, soweit möglich aus den Tresors der Verbündeten, in erster Reihe Frankreichs. Dieses musste unter dem Druck seiner Verpflichtungen dazu übergehen, seine beste und letzte stille Reserve zu mobilisieren, d. h. durch den Appell an Patriotismus und Eitelkeit seiner Bürger die grossen Goldbestände heranzuziehen, welche das Publikum in Strümpfen und Schränken verwahrt. Wie man aus den Ausweisen der Banque de France in der letzten Zeit ersehen konnte, mit recht gutem Erfolg! Es sind sicher grosse Summen des hereinströmenden Goldes nach Amerika abgegeben worden oder dafür bereitgestellt; wieviel hier in Betracht kommt, ist aus der Fülle der unkontrollierbaren Pressemeldungen nicht ersichtlich. Die Tatsache aber, dass in den französischen Zeitungen dauernd die Gebefreudigkeit des Publikums gepriesen wird und andererseits das Wachstum des Goldbestandes bei der Banque de France keineswegs mehr besonders imponierende Ziffern zeigt, lässt darauf schliessen, dass dauernd grosse Beträge für Amerika abgezweigt werden müssen. Dabei scheint der Erfolg der Propaganda im Publikum noch keineswegs für ausreichend gehalten zu werden, denn es ist neuerdings die Aufforderung an die französische Bevölkerung ergangen, auch die Schmuckgegenstände aus Gold dem Staate zur Verfügung zu stellen.

Aber auch von London aus müssen dauernd grosse Beträge abfliessen. Der Inlandsverkehr gibt infolge des Hineinpressens von Schatzamt-Notes in das Publikum, ferner infolge einer regen Propaganda für die Hergabe des Goldes nach deutschem Muster jetzt allwöchentlich grosse Beträge des gelben Metalls an die Bank. Ausserdem sind die Zufuhren aus den Produktionsgebieten sicherlich recht bedeutend und werden vermutlich für englische Rechnung direkt nach New York dirigiert. Trotz der Goldzuflüsse aus dem Verkehr steigt der Metallbestand der Bank von England verhältnismässig langsam,

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:

Mittwoch, 15. September	*G.-V.:* Norddeutsche Handelsbank Geestemünde. — Schluss der Einreichungsfrist Aktien Berliner Elektrizitätswerke.
Donnerstag, 16. September	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Blohm & Voss, Hartwig Kantorowicz Akt.-Ges., Akt.-Ges. f. Cartonnagenindustrie.
Freitag, 17. September	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Eisenbahn-Rentenbank, Verein Deutscher Oelfabriken, Lüdenscheider Metallwerke vorm. Fischer & Basse, Baumwollspinnerei Mittweida, Franz Rasquin Akt.-Ges.
Sonnabend, 18. September	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Braunschweigische Akt.-Ges. f. Jute- u. Flachsindustrie, Pfälzische Pulverfabriken St. Ingbert, Annener Gussstahlwerk.
Montag, 20. September	*G.-V.:* Akt.-Ges. f. Erwerb von Industrie- und Hafengelände Neuhof, Zschipkau-Finsterwalder Eisenbahn, Terrain-Akt.-Ges. Hohenzollerncanal.
Dienstag, 21. September	*G.-V.:* Königsberger Kleinbahn, Deutsche Gardinenfabrik Plauen, Akt.-Ges. Meggener Walzwerk.
Mittwoch, 22. September	*G.-V.:* Sachsenwerk Licht u. Kraft, Halle-Hettstedter Eisenbahn, Hildesheim-Peiner Kreis-Eisenbahn, Süddeutsche Eisenbahn-Ges., Ferdinand Bendix Sne.
Donnerstag, 23. September	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Westfälische Landeseisenbahn, Crefelder Eisenbahn, Wehlau-Friedländer Kreisbahn, Ver. Mosaikplattenwerke Friedland-Sinzig, Brandenburgische Carbid- u. Elektrizitätswerke.
Freitag, 24. September	*G.-V.:* Norddeutsche Sprengstoffwerke.
Sonnabend, 25. September	Bankausweis New York. — *Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Dynamit-Akt.-Ges. vorm. Alfred Nobel Hamburg, Crimmitschauer Maschinenfabrik, Sächsische Waggonfabrik Werdau, Zeitzer Eisengiesserei und Maschinenbau-Akt.-Ges., Braunschweigische Kohlenbergwerke, Eichener Walzwerk, Transport-Ges. vorm. J. Hevecke, Bredower Zuckerfabrik, Zuckerfabrik Kujavien, Terra Akt.-Ges. für Samenzucht, Gernrode-Harzgeroder Eisenbahn. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Presto-Werke Chemnitz.
Montag, 27. September	*G.-V.:* Königsberg-Cranzer Eisenbahn, Schlesische Textilwerke Methner & Frahne, Zuckerfabrik Kruschwitz.
Dienstag, 28. September	*G.-V.:* Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther, Porzellanfabrik Königszelt, Eilenburger Kattunmanufaktur Akt.-Ges., Freiherrlich Tuchersche Brauerei, Schuhfabrik Herz, Ver. Schmirgel- und Maschinenfabriken, Osthavelländische Kreisbahnen, Paulinenaue-Neuruppiner Eisenbahn.
	Ausserdem zu achten auf: Abschlüsse Bergwerke und Hütten. Verlosungen: 15. September: 2% Brüsseler 100 Fr. (1905), 3% Crédit foncier Egyptien Obl. (1886, 1903, 1911), Freiburger 10 Fr. (1878), Holländische 15 Gld. (1904), 2% Lütticher 100 Fr. (1905), 4% Pariser 500 Fr. (1865), 5% Suez-Kanal 500 Fr. (1868). 16. September: Mailänder 10 Lire (1866). 22. September: Crédit foncier de France 2 4/5% Pfdbr. (1895), desgl. 2 3/5 u. 3% Komm.-Obl. (1892, 1912). 25. September: 2% Pariser Metr.-Eisenb.-Anl. (1899), desgl. 2 3/4% (1910).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

weil eben dauernd grosse Summen für die Verschiffung gebraucht werden. So sind in der letzten Zeit an manchen Tagen fast zwei Millionen Pfund der Bank für Uebersee entzogen worden. Die Bank von England kann auch nicht restlos die Goldrückflüsse aus dem Verkehr für sich oder für Exportzwecke beanspruchen, da auch der Fonds für die Currency-Notes bei der starken Zunahme dieser Zettel gelegentlich einer Auffüllung bedarf. Trotzdem ist die Golddeckung hier, die im März beinah dreiviertel der Zirkulation ausmachte, auf unter 50 % zurückgegangen.

Man findet in der englischen Presse mitunter Vorwürfe gegen den englischen Schatzsekretär, dass er nicht energischer den Abschluss einer grossen Anleihe in Amerika betreibe, die der Kalamität des Wechselkurses auf absehbare Zeit ein Ende machen würde. Wie uns dünkt, mit Unrecht! Der grosse Finanzagent der englischen Regierung in New York, Morgan, hat zweifellos mit der Uebernahme des Monopols für die Placierung der Vierverbandsaufträge in der amerikanischen Industrie auch die Verpflichtung übernommen, in gewaltigem Umfange mit seinen Mitteln für die Finanzierung dieser Bestellungen einzutreten, und wenn ihm nun für die Beschaffung neuer Mittel die Uebernahme einer englischen Milliardenanleihe zugemutet wird, so muss er die Gewissheit haben, im amerikanischen Publikum prompte Aufnahme der Emission zu finden. Das erscheint aber im höchsten Grade fraglich. Denn abgesehen davon, dass der Amerikaner an sich die Anlage in europäischen Werten nicht gewohnt ist, erstreckt sich der Segen der Kriegskonjunktur in der Union absolut nicht auf die grosse Menge des Volkes. Eine dünne Oberschicht in der Industrie und Bankwelt heimst Millionengewinne ein und einem beschränkten Teile der Arbeiter geht es besser als gewöhnlich, während die grosse Masse nichts von der „Konjunktur“ merkt. Es müssten ausserordentliche Bedingungen sein, welche die Schuldner stellen, um einen Erfolg zu verbürgen, so drückende, dass sie England niemals zugestehen kann, wenn sein Staatskredit nicht das letzte Prestige verlieren soll. Mit einer grossen umfassenden Emission wird es daher schwerlich etwas werden, dagegen haben die kleineren Transaktionen, von denen ab und zu die Rede ist, manche Wahrscheinlichkeit für sich; so auch die kürzliche Meldung, dass ein Vorschuss von 60 Mill. Dollars bei einer Finanzgruppe durch englische Banken gegen Hinterlegung von amerikanischen Eisenbahnwerten abgeschlossen worden sei. Hier ist nicht die englische Regierung der Kontrahent, und überdies geht alles im

stillen vor sich, so dass Prestigebedenken wegen der Bedingungen zurücktreten können. Mit diesem Geschäft mag die Erholung des Kabeltransferts von seinem niedrigsten Stand, ca. 4,48 auf 4,70, zusammenhängen, der allerdings bereits wieder eine neue Abschwächung auf 4,63 gefolgt ist.

Am deutschen Markt entwickeln sich die Verhältnisse fast kongruent denjenigen vor dem Aprilquartal. Auch damals lag eine Anleihezeichnung vor, deren vielversprechende Entwicklung auf eine grosse Beanspruchung des Marktes von dem Tage der ersten Einzahlungsmöglichkeit andeutete. Erfreulicherweise geben die Voranmeldungen für die Zeichnung auch heute die Hoffnung auf ein bedeutendes Resultat, das den Markt zu frühzeitigen Vorkehrungen für die Einzahlung veranlasst. Im Zusammenhang hiermit sind die Geldsätze über das Monatsende hinaus beträchtlich gestiegen, und auch der Privatsatz, der eine längere Anlage umfasst, ist um ca. $^1/_2$ % in die Höhe gegangen. Der Geldbedarf an der Monatswende wird naturgemäss durch den gleichzeitigen Quartalswechsel noch weiter erhöht, doch spielen die Vierteljahrsansprüche heute bei weitem nicht die Rolle wie in Friedenszeiten, da viele Regulierungen, die sonst stark ins Gewicht fallen, infolge des verstärkten Barverkehrs im Warenhandel heute nicht in Betracht kommen, und namentlich für den Grundstücks- und Hypothekenumsatz nur verhältnismässig geringfügige Summen beansprucht werden. Im allgemeinen wird man damit rechnen können, dass die Einzahlungen auf die Anleihe gleich am ersten Tage in sehr grossen Summen geleistet werden, da gewaltige Beträge für diesen Zweck angesammelt sind.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Die Wiedergeburt durch den Krieg. Das wirkliche Deutschland. Von Dr. Oskar A. H. Schmitz. Dritte Auflage. München 1915. Verlag von Georg Müller. Preis geh. 4,— *M*, geb. 5,50 *M*, in Ganzleder 16,— *M*.

Der Krieg und das Ich. — Die Wiedergeburt durch den Krieg. — Die Ethik des Krieges. — Das wirkliche Deutschland. — Preussen als Hort des Fortschrittes. — Unser Geheimnis. — Deutsche Mannigfaltigkeit und Einheit. — Der verblassende Weltmachtgedanke. — Deutsche statt englischer Art. — Fremdes Gift und deutsches Gegengift. — Die Wurzel der Ausländerei. — Sprache und Nationalgefühl. — Was wird aus dem modernen Menschen. — Krieg und Frauenbewegung. — Die neue Geistigkeit. — Der Weg zur deutschen Wirklichkeit. — Vom Wesen der deutschen Kultur. — Die wahre Kultur und der „Kulturmensch". — Randbemerkungen vor dem Kriege. — Politische Begabung. — Geist und Macht. — Die Entwendung als Zeichen der Zeit. — Die Geistigkeit vor dem Kriege. — Der Künstler und die Gesellschaft. — Kulturanarchismus. — Das Pathos der Revolution. — Das unsittliche Mitleid der Friedenszeit. — Was ist deutsche Freiheit. — Ideal und Wirtschaft. — Zwischenbemerkung. — Das Wesen der Macht. — Sozialistische Denkfehler. — Klassenpolitik? — Ist parteilose Jugendfürsorge möglich? — Folgen der Verhetzung. — Liberalismus als Herzenssache. — Politische Methaphysik. — Der Weg zur Sachlichkeit. — Friedrich der Grosse und die Staatskunst. — Kann ein neuzeitlicher Mensch konservativ sein. — Das Recht auf gesellschaftlichen Aufstieg. — Der Wert des Adels. — Die Herren. — Der gebildete Mensch und die Parteipolitik. — Die unsichtbare Partei. — Irrtümer des Wahlrechts. — Wer ist Volksvertreter? — Wer soll wählen? — Schluss.

Werkmeister und Privatangestellte im Wirtschaftsleben während des Krieges. Schriften des Deutschen Werkmeister-Verbandes Nr. 28. Düsseldorf 1915. Verlag der Werkmeister-Buchhandlung. Preis 0,30 *M*.

Die neue Kontinentalsperre. Ist Grossbritannien wirtschaftlich bedroht? Von Dr. Hermann Levy, a.o. Professor in Heidelberg. Berlin 1915. Verlag von Julius Springer. Preis 1,— *M*.

Der junge Friedrich List. Ein schwäbischer Politiker. Biographischer Versuch. Von Dr. Karl Goeser. Stuttgart und Berlin 1915. Verlag der Deutschen Verlagsanstalt. Preis geh. 4,— *M*.

Die Vorbereitung 1789/1815: Herkunft und Jugendjahre. — Das Königreich Friedrichs I. — Das Ministerium Wangenheim. — Im Kampf um eine württembergische Verfassung 1816/18: Staat und Individuum. Nation und Menschheit. — Bürgertum und Bürokratie. — Der Verfassungskonflikt. — Die Partei der Bürgerfreunde — Staat und Gemeinde. — Die Selbstverwaltung. — Die konstitutionelle Monarchie. — Reaktion in Deutschland: Um eine allgemein deutsche Handelspolitik. — Im württembergischen Landtag. — Der Flüchtling.

Belgiens Schuld. Zugleich eine Antwort an Professor Waxweiler. Von Dr. jur. et phil. Richard Grasshoff. Rechtsanwalt am Kammergericht. Berlin 1915. Verlag von Georg Reimer. Preis 1,— *M*.

Die Neutralitätsfrage. — Die belgische Presse. — Die belgischen Greuel. — Die belgische Untersuchungskommission. — Die garde civique und die Zivilkleidung der belgischen Soldaten. — Der Volkskrieg. — Die belgische Regierung und ihre Proklamation. — Die deutsche Kriegführung in Belgien.

Ein deutsch-österreichisch-ungarischer Zollverband. Von Prof. Dr. Julius Wolf. Vizepräsident des mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland. Leipzig 1915. A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung. Preis 1,— *M*.

Deutsche Verbrechen? Wider Joseph Bedier, Les crimes allemands d'après des temoignages allemands. Zugleich eine Antwort aus französischen Dokumenten. Von Dr. Max Kuttner. Professor an der Königl. Augusta-Schule zu Berlin. Bielefeld und Leipzig 1915. Verlag von Velhagen und Klasing. Preis 0,50 *M*.

Krieg dem deutschen Handel. Neue Folge. Die englischen Massnahmen und Vorschläge zur Verdrängung von Deutschlands und Oesterreichs Handel und Industrie. Aus dem Englischen übersetzt von Reinhold Anton. Herausgegeben und mit einer Einführung versehen von Anton Kirchrath, Chefredakteur der „Magdeburgischen Zeitung". Leipzig 1915. Verlag der Otto Gustav Zehrfeldschen Verlagsbuchhandlung. Preis 1.—

Das deutsche Belgien. Beiträge zur Geschichte, Volkswirtschaft und zur deutschen Verwaltung. Herausgegeben von Otto Kessler. Berlin 1915. Verlag

von Karl Siegismund. Königl. Sächsischer Hofbuchhändler. Preis 3.— *M.*

Das geschichtliche Belgien. — Das wirtschaftliche Belgien. — Die deutsche Verwaltung in Belgien. — Verordnungen aus dem „Moniteur Belge". — Verordnungen aus dem „Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgien". — Wirtschaftliche Tätigkeit der deutschen Verwaltung. — Statistisches. — Schlussbetrachtungen. —

Der Krieg und die öffentliche Meinung. Von Dr. Wilhelm Bauer, Privatdozent an der Universität Wien. Tübingen 1915. Verlag von I. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Preis 0,75 *M.*

Bedeutet das Ende des Krieges den Anfang einer Hochkonjunktur? Von Felix Toerpe, Magdeburg. Magdeburg 1915. Verlag Albert Rathke. Preis 1.— M.

Zur Frage der wirtschaftlichen und zollpolitischen Einigung von Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Von Dr. Karl Freiherr von Stengel, Professor der Rechte an der Universität München. München 1915. Verlag von Georg D. W. Callwey. Preis geh. 0,75 M.

Der Paragraph elf des Frankfurter Friedens. Von A. Sartorius Freiherrn von Waltershausen. Jena 1915. Verlag von Gustav Fischer. Preis 1,20 M.

Die gemeindliche Kriegshilfe im grossstädtischen Bodenkredit. Von Dr. rer. pol. Leiske. Berlin 1915. J. Guttentagsche Verlagsbuchhandlung G. m. b H. Preis 1.50 *M.*

Die Einführung. — Die Tatsachen der gemeindlichen Kriegshilfe im grossstädtischen Bodenkredit. — Die Vermittlung im Hypothekenverkehr. — Die Einigung im Hypothekenverkehr. — Die Beleihung von Hypothekenwerten. — Die Bewilligung von Hilfskapitalien. — Rückblick und Ausblick.

Der deutsche Krieg und der Katholizismus. Deutsche Abwehr französischer Angriffe. — Herausgegeben von Deutschen Katholiken. Berlin 1915. Verlag und Druck der Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei. Preis 3.— *M.*

A. Denkschrift deutscher Katholiken gegen das französische Buch: La Guerre allemande et le Catholicisme. — B. Die falschen Anklagen französischer Katholiken gegen Deutschland — Der Ausbruch des Krieges. — Die Verletzung der belgischen Neutralität. — Die Art der Kriegführung. — Der angebliche deutsche Kriegsbegriff. — Die angebliche deutsche „Kultur". — Frankreich und die katholische Kirche. — Der Ausgang des Krieges und der Katholizismus. — Schluss.

Die christliche Weltmission im Weltkrieg. Von Universitätsprofessor Dr. Schmidlein. M.-Gladbach 1915. Volksvereins-Verlag. Preis 1,20 *M.*

Zur Einführung. — Allgemeine Kriegsfolgen für die Mission. — Die heimatlichen Missionsveranstaltungen der Christenheit. — Kriegsleiden der deutschen Missionen. — Das Kriegslos der nichtdeutschen Missionen. — Das protestantische Missionswesen im Kriege. — Ausblicke und Aufgaben für die Zukunft. — Aktenstücke.

Internationale Rundschau. Erscheint monatlich 1—2 mal. Zürich 1915. 1. Jahrgang. Juni erstes Heft. Art. Institut Orell Füssli Verlag. Preis für das Heft 60 Cts. — 50 Pfg. — 60 H.

Zur Einführung. — Die Vorgeschichte unserer Zeitschrift. — Der Beruf der Neutralen. Von Prof. Dr. H. Lammasch. — Die Psychologie der Aussage. Von Dr. Lucy Hoesch-Ernst. — Wie Gerüchte entstehen. Der Weg zum Frieden. Eine ungedruckte Rede Ramsay Macdonalds. Von Vernon Lee. — Parlament und auswärtige Politik. Von Arthur Ponsonby. — Unabhängige Zeitungsstimmen. Von Felix Beran. — Dokumente der Menschlichkeit. Von Dr. Otto Vollenweider. — Oekonomische Rundschau. Von Prof. Dr. S. Feilbogen.

Vaterland und Sozialdemokratie. Von L. Radlof. München und Leipzig 1915. Verlag von Duncker und Humblot. Preis 1,50 *M.*

Vom kommunistischen Manifest bis zum Erfurter Programm. — Die Alten und die Jungen um 1890. — Der Hannoversche Parteitag. — Die Abrechnung in Dresden. — Das „militaristische" Deutschland. — Kolonialpolitisches. — Der politische Massenstreick. — Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung. — Der Traum vom Endziel. — Vaterland und Sozialdemokratie. —

Wesen und Aussichten des bürgerlichen Radikalismus. Von Eduard Bernstein. — Schriften des Sozialwissenschaftlichen Akademischen Vereins in Czernowitz. München und Leipzig 1915. Verlag von Duncker und Humblot. Preis 1.— *M.*

Effekten und Verkehr in Effekten. Von Dr. Hans Hanisch, Professor der kaufmännischen Wirtschaftslehre an der Handelshochschule München und Dr. W. Prion, hauptamtlichem Dozenten der Handelswissenschaften an der Handelshochschule Berlin. — Heft I der Anschauungsstoffe aus dem Gebiet der kaufmännischen Wirtschaft. Leipzig 1915. Verlag von G. A. Gloeckner. Preis kart. 2,25 *M.*

Zur Einführung. — Beispiele von Effekten und Anhang dazu. — Beispiele aus der Emissionspraxis. — Effektenhandel. — Plätze der Kursmakler an der Berliner Fondsbörse.

Gesetz, betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen. Vom 4. Dezember 1899. In der Fassung des Gesetzes vom 14. Mai 1914. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister. — Von Dr. Heinrich Göppert, Unterstaatssekretär. Zweite Auflage, bearbeitet von Dr. Ernst Trendelenburg, Amtsrichter. Berlin 1915. J. Guttentagsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H. Preis 1,80 *M.*

Verzeichnis der Abkürzungen in den Anmerkungen. — Einleitung. — Gesetz, betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen. — Der Verband der Schuldverschreibungsbesitzer. — Auflösung des Verbandes. — Berufung der Gläubigerversammlung. — Abhaltung der Gläubigerversammlung. — Verzicht auf Gläubigerrechte. — Die Vertreter der Gläubiger. — Konkurs des Schuldners. — Beschränkung der Vertragsfreiheit. — Strafvorschriften. — Schuldverschreibungen von juristischen Personen des öffentlichen Rechtes. — Schuldverschreibungen von Eisenbahnen. — Inkrafttreten des Gesetzes. Anwendbarkeit auf vorher ausgegebene Schuldverschreibungen. — Sachregister.

Der heilige Hass. Von Richard Voss. Berlin und Wien 1915. Verlag von Ullstein & Co. Preis 3 *M.*

Das grosse Feuer. Roman von Richard Skowronnek. Berlin und Wien 1915. Verlag von Ullstein & Co. Preis 1 *M.*

Der Wirtschaftskrieg. Von Dr. C. A. Verrijn Stuart, ord. Professor der Nationalökonomie und Statistik an der Reichsuniversität zu Groningen. Autorisierte Uebersetzung aus dem Niederländischen von Hortense Bülbring-Kann. 14. Heft der Deutschen Kriegsschriften. Bonn 1915. Verlag A. Marcus & E. Weber (Dr. jur. Albert Ahn). Preis 0,80 *M.*

von Tirpitz und das deutsche Seekriegsrecht. Von Dr. Hans Wehberg, Gerichtsassessor in Düsseldorf. Deutsche Kriegsschriften Heft 15. Bonn 1915. A. Marcus und E. Webers Verlag (Dr. jur. Albert Ahn). Preis 0,80 *M.*

Die Aufgabe. — Die Traditionen des deutschen Seekriegsrechts. — Die Handhabung des Konterbanderechts durch Deutschland. — Das Seebeuterecht und der Unterseebootskrieg. — Das Blockade- und Minenrecht. — Die amerikanischen Waffenlieferungen. — Deutschland als Vorkämpfer eines einheitlichen Seekriegsrechts.

England und Japan seit Schimonoseki. Von Justus Hashagen. Kriegshefte aus dem Industriebezirk Nr. 6. Essen 1915. G. D. Baedeker, Verlagsbuchhandlung. Preis 0,80 *M.*

Anfänge der englisch-japanischen Annäherung 1895 bis 1902. — England und der russisch-japanische Krieg 1904 bis 1915. — Lockerung der englisch-japanischen Beziehungen 1905—1914. — Englisch-japanisches Kriegsbündnis und ostasiatische Krise 1914/1915. — Ausblick. — Beilagen

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Aachen-Leipziger Versicherungs-A.-G., Aachen, 28. 9., —, 3. 9. • A.-G. Gaswerk Giebichenstein, Bremen, 17. 9., 14. 9., 30. 8. • A.-G. Meggener Walzwerk, Meggen i. W., 21. 9., 14. 9., 26. 8. • A.-G. Neusser Hütte, Neuss, 25. 9., —, 1. 9. • A.-G. Osthavelländische Kreisbahnen, Nauen, 28. 9., 25. 9., 6. 9. • A.-G. der Schiltigheimer Eisenbahn, Schiltigheim, 29. 9., 22. 9., 30. 8. • A.-G. für Erwerb und Verwertung von Industrie- und Hafen-Geländen zu Neuhof, Berlin, 20. 9., —, 24. 8. • A.-G. für Fuhrwesen, Leipzig, 24. 9., —, 23. 8. • A.-G. für Lederfabrikation, München, 28. 9., —, 7. 9. • Actien-Malzfabrik „Goldene Aue“, Rossleben a. U., 29. 9., —, 30. 8. • Actien-Malzfabrik Landsberg, Landsberg (Merseb.), 28. 9., 27. 9., 8. 9. • Actienspritfabrik Geldern, Geldern, 27. 9., —, 6. 9. • Actien-Stärkefabrik Calvörde, Calvörde, 28. 9., —, 8. 9. • Actien-Zuckerfabrik Bauerwitz, Bauerwitz, 1. 10., 27. 9., 4. 9. • Actien-Zuckerfabrik Gräben, Gräben bei Striegau, 20. 9., 16. 9., 24. 8. • Actienzuckerfabrik Rautheim, Rautheim, 23. 9., —, 2. 9. • Actien-Zuckerfabrik Zduny, Zduny, 29. 9., 25. 9., 1. 9. • Adelsheimer Electricitäts-Werk A.-G., Adelsheim, 20. 9., 17. 9., 30. 8. • Automobil-Fuhrwesen Kandelhardt A.-G., Berlin, 6. 10., 2. 10., 2. 9.

Bahnamtliches Rollfuhrunternehmen A.-G., Hamburg, 25. 9., 24. 9., 4. 9. • Bau-A.-G. Brühl, Leipzig, 5. 10., 1. 10., 9. 9. • Baumwollspinnerei Mittweida, Mittweida, 17. 9., —, 30. 8. • Bauterrain-A.-G. i. L., Ludwigshafen a. Rh., 22. 9., 20. 9., 6. 9. • Ferdinand Bendix Söhne A.-G. für Holzbearbeitung, Landsberg a. W., 22. 9., —, 2. 9. • Bergbau- und Hütten-A.-G. Friedrichshütte, Siegen, 2. 10., 28. 9., 2. 9. • Bergschloss-Actien-Brauerei „Magdeburg“, Magdeburg, 28. 9., 25. 9., 4. 9. • Bielefelder A.-G. für Grundstücksverwertung, Bielefeld, 29. 9., 26. 9., 31. 8. • Bleistift-Fabrik vormals Johann Faber A.-G., Nürnberg, 29. 9., 23. 9., 28. 8. • Blohm & Voss, Kommanditgesellschaft auf Actien, Hamburg-Steinwärder, 16. 9., 14. 9., 30. 8. • Brandenburgische Carbid- und Electricitätswerke A.-G., Berlin, 23. 9., 19. 9., 28. 8. • Braunkohlen-Industrie-A.-G. Zukunft, Cöln, 29. 9., 25. 9., 30. 8. • Braunschweig-Schöninger Eisenbahn-A.-G., Braunschweig, 29. 9., —, 6. 9. • Braunschweigische Kohlen-Bergwerke, Berlin, 25. 9., 22. 9., 30. 8. • Bredower Zuckerfabrik A.-G., Stettin-Bredow, 25. 9., 22. 9., 6. 9. • F. W. Busch A.-G., Lüdenscheid, 29. 9., 24. 9., 4. 9.

Cheviot- u. Lodenfabrik Schwaig, A.-G., Schwaig b. Erding, 15. 9., 11. 9., 4. 9. • Consumverein Zum Baum, Grossenhain, 18. 9., —, 6. 9. • Continentale Isola-Werke A.-G., Birkesdorf b. Düren, 28. 9., —, 6. 9. • Crefelder Eisenbahn-Gesellschaft, Crefeld, 23. 9., 19. 9., 25. 8. • Crimmitschauer Maschinenfabrik, Crimmitschau, 25. 9., —, 7. 9.

Delmenhorster Gasanstalt A.-G., Bremen, 27. 9., 24. 9., 7. 9. • Deutsch-Argentinische Zucker-Plantagen-A.-G. Cruz Alta, Hamburg, 30. 9., 29. 9., 9. 9. • Deutsche Grube bei Bitterfeld, Bauermeister & Söhne A.-G., Halle a. S., 23. 9., —, 23. 8. • Deutsche Seefischhandels-A.-G., Hamburg, 30. 9., 26. 9., 6. 9. • Deutsche Treuhandgesellschaft für Brandschadenregelung A.-G., Dresden, 18. 9., —, 28. 8. • Dissener Volksbank, Dissen, 9. 9., —, 27. 8. • Dresdner Schnellpressen-Fabrik, A.-G., Dresden-A., 28. 9., 24. 9., 4. 9. • Dynamit-A.-G. vormals Alfred Nobel & Co. Hamburg, Hamburg, 25. 9., —, 9. 9.

Eichener Walzwerk und Verzinkerei, A.-G., Siegen, 25. 9., 22. 9., 30. 8. • Eilenburger Kattun-Manufactur A.-G., Halle a. S., 28. 9., 27. 9., 31. 8. • Eisenbahngesellschaft Greifswald-Grimmen, Greifswald-Grimmen, 29. 9., 25. 9., 2. 9. • Eisenbahngesellschaft Stralsund-Tribsees, Stralsund, 30. 9., —, 2. 9., • Eisenhüttenwerk Marienhütte bei Kotzenau A.-G. vorm. Schlittgen & Haase, Mallmitz, 29. 9., 25. 9., 27. 8. • Eisenwarenfabrik Châtel-St. Germain (vormals Cannepin) A.-G., Châtel-St. Germain, 23. 9., 20. 9., 2. 9. • Eisenwerk Fraulautern A.-G., Koblenz, 25. 9., —, 6. 9. • Eiserfelder Hütte A.-G., Eiserfeld, 28. 9., 21. 9., 2. 9. • Elmshorn-Barmstedt-Oldesloer Eisenbahn-A.-G., Elmshorn, 27. 9., 24. 9., 31. 8. • Ems-Lots-Gesellschaft, Emden, 25. 9., 24. 9., 6. 9. • Erfurter Mechanische Schuhfabrik A.-G., Strassburg i. Els., 15. 9., 11. 9., 30. 8. • Erzgebirgische Holzindustrie A.-G., Brand-Erbisdorf, 28. 9., —, 9. 9.

Fabrik für Gummilösung A.-G. vormals Otto Kurth, Frankfurt a. M., 25. 9., 23. 9., 6. 9. • Farbwerke Franz Rasquin A.-G., Cöln, 17. 9., 14. 9., 30. 8. • Farge-Vegesacker Eisenbahn-Gesellschaft, Blumenthal-Hannover, 29. 9., 26. 9., 6. 9. • Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft, Flensburg, 29. 9., 25. 9., 8. 9. • Frankfurter Gasgesellschaft, Frankfurt a. M., 29. 9., 25. 9., 8. 9. • Freiherrlich von Tucher'sche Brauerei A.-G., Nürnberg, 28. 9., 24. 9., 28. 8.

Gaswerk Erbisdorf A.-G., Bremen, 29. 9., 25. 9., 6. 9. • Gaswerk Neu - Petershain und Neu - Welzow A.-G., Bremen, 29. 9., 25. 9., 6. 9. • Gaswerke Salbke A.-G., Magdeburg, 27. 9., 24. 9., 8. 9. • Gaswerk Schmalkalden A.-G., Bremen, 22. 9., 18. 9., 27. 8. • Gaswerk Stolzenau A.-G., Stolzenau, 5. 10., 2. 10., 6. 9. • Gebrüder Sulzer A.-G., Ludwigshafen a. Rhein, 24. 9., 20. 9., 7. 9. • Genthiner Kleinbahn A.-G., Genthin, 27. 9., —, 6. 9. • Gernrode-Harzgeroder Eisenbahn - Gesellschaft, Alexisbad, 25. 9., 23. 9., 31. 8. • Gesellschaft für Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung A.-G., Leipzig, 24. 9., —, 18. 8. • Gevelsberger Herd- und Ofenfabrik W. Krefft A.-G., Gevelsberg, 30. 9., 25. 9., 8. 9. • Gilbacher Zuckerfabrik A.-G., Cöln a. Rhein, 27. 9., —, 6. 9. • Glückstädter Fischerei A.-G., Glückstadt, 25. 9., 23. 9., 2. 9. • Guhrauer Stärkefabrik zu Nechlau A.-G., Guhrau, 25. 9., 21. 9., 2. 9.

Halle-Hettstedter Eisenbahn-Gesellschaft, Halle a. d. Saale, 22. 9., 21. 9., 19. 8. • Hallesche Malzfabrik Reinicke & Co. A.-G., Halle a. S., 22. 9., 20. 9., 2. 9. • Hamburg-Cuxhavener Fischdampfer-A.-G. „Alte Liebe“, Hamburg, 29. 9., 27. 9., 8. 9. • Hanauer Strassenbahn A.-G., Hanau, 27. 9., 25. 9., 6. 9. • Handels- u. Depositenbank A.-G. vormals Ch. Spies & Cie., Zabern, 23. 9., —, 6. 9. • Hessische Eisenbahn-A.-G. Darmstadt, Darmstadt, 22. 9., —, 27. 8. • Hildebrandsche Mühlenwerke Act.-Ges., Halle a. S., 25. 9., 21. 9., 6. 9. • Hildesheim-Peiner Kreis-Eisenbahn-Gesellschaft, Hildesheim, 22. 9., —, 20. 8. • Hochseefischerei J. Witting A.-G., Bremerhaven, 18. 9., 14. 9., 30. 8. • Hotel Reichshof A.-G., Hamburg, 30. 9., 29. 9., 31. 8. • Hotel zum König von England vormals Gerbaulet A.-G., Münster i. W., 30. 9., —, 9. 9. • Hoyaer Eisenbahn, Hoya, 25. 9., 23. 9., 2. 9. • Humboldtmühle A.-G., Berlin, 2. 10., 29. 9., 8. 9.

Jute-Spinnerei und Weberei Cassel, Cassel, 27. 9., —, 2. 9.

Kammgarnspinnerei Gautzsch, 20. 9., —, 6. 9. • Kerkerbachbahn A.-G., Limburg a. d. Lahn, 30. 9., 26. 9., 8. 9. • Kleinbahn-A.-G. Bismark-Gardelegen-Wittingen, Calbe a. M., 23. 9., 19. 9., 31. 8. • Kleinbahn-A.-G. Kiel-Segeberg, Kiel, 29. 9., 26. 9., 6. 9. • Kleinbahn-A.-G. Kiel-Schönberg, Kiel, 29. 9., 26. 9., 4. 9. • Kleinbahn-A.-G. Tharau-Creuzburg, Königsberg i. Pr., 28 9., —, 2. 9. • Kleinbahngesellschaft Anklam-Lassau, Greifswald, 25. 9., 24. 9., 31. 8. • Kleinbahngesellschaft Greifswald-Jarmen, Greifswald, 25. 9., —, 31. 8. • Kleinbahngesellschaft Greifswald-Wolgast, Greifswald, 25. 9., —, 31. 8. • Kleinbahn Heudeber-Mattierzoll, Halberstadt, 29. 9., 26. 9., 6. 9. • Kölnische Boden-A.-G., Köln a. Rhein, 25. 9.,

23. 9., 31. 8. • Königsberg-Cranzer Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin, 27. 9., 23. 9., 28. 8. • Königsberger Kleinbahn Act.-Ges., Königsberg i. Pr., 21. 9., 18. 9., 20. 8. • Kunstmühle Bobingen, Augsburg, 28. 9., —, 4. 9. • Kunstmühle Tivoli, München, 28. 9., —, 2. 9.

Ländlicher Vorschuss-Verein, Meissen, 18. 9., —, 8. 9. • Liegnitz-Rawitscher Eisenbahn-Gesellschaft, Rawitsch, 23. 9., 19. 9., 25. 8. • Luckenwalder Tuch- u. Buckskin-Fabrik A.-G. C. F. Boenicke, Luckenwalde, 25. 9., —, 31. 8. • Lüdenscheider Metallwerke A.-G. vormals Julius Fischer & Basse, Lüdenscheid, 17. 9., 13. 9., 27. 8.

Maschinenbau-Gesellschaft Heilbronn, Heilbronn, 22. 9., 18. 9., 4. 9. • Mechanische Leinenspinnerei und Weberei A.-G., Memmingen, 20. 9., —, 30. 8. • Mechanische Segeltuchweberei Wildenfels i. Sa. A.-G., Wildenfels, 11. 10., —, 23. 8. • Mechanische Weberei Ravensberg A.-G., Schildesche, 30. 9., 26. 9., 9. 9. • Minden-Hildesheimer Gummiwaren-Fabriken Gebr. Wetzell A.-G., Hildesheim, 16. 9., 14. 9., 1. 9. • Münchener Trambahn-Actien-Gesellschaft i. Liqu., München, 29. 9., 25. 9., 7. 9.

Nationalbrauerei A.-G., Duisburg, 24. 9., 20. 9., 1. 9. • Nauendorf-Gerlebogher Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin, 29. 9., 25. 9., 18. 8. • Neu-Döberitz Schwimmbad A.-G., Neu-Döberitz, 14. 9., —, 6. 9. • Neuhaldensleber Eisenbahn, Neuhaldensleben, 29. 9., 25. 9., 6. 9. • Neustadt-Gogoliner Eisenbahn, Neustadt O.-S., 22. 9., 16. 9., 26. 8. • Niedersächsische Landesbank A.-G., Bodenwerder, 24. 9., 21. 9., 30. 8. • Norddeutsche Sprengstoff-Werke A.-G., Hamburg, 24. 9., 16. 9., 28. 8. • Nord und Süd, Allgemeine Versicherungs-Bank A.-G., Berlin, 30. 9., —, 4. 9.

Oberlausitzer Zuckerfabrik A.-G., Löbau Sa., 16. 9., —, 1. 9. • Oschersleben-Schöninger Eisenbahn-Gesellschaft, Oschersleben, 23. 9., —, 30. 8. • Ostertag-Werke, Vereinigte Geldschrankfabriken A.-G., Aalen, 28. 9., —, 6. 9.

Patria Kranken- und Sterbegeld-Versicherungs-Bank A.-G. i. Liqu., Berlin, 30. 9., —, 4. 9. • Paulinenaue-Neuruppiner Eisenbahn, Neuruppin, 28. 9., 24. 9., 3. 9. • Pfälzische Pulverfabriken A.-G., St. Ingbert, 18. 9., 11. 9., 27. 8. • „Pinnau“, A.-G. für Mühlenbetrieb, Königsberg i. Pr., 30. 9., 27. 9., 30. 8. • Pommersche Papierfabrik Hohenkrug, Stettin, 25. 9., 22. 9., 28. 8. • Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther A.-G., Berlin, 28. 9., 23. 9., 4. 9. • Porzellanfabrik Königszelt, Berlin, 28. 9., 24. 9., 6. 9. • A. Prang, Dampf- und Wassermühlenwerke A.-G., Gumbinnen, 15. 9., 12. 9., 28. 8.

Ramesohl & Schmidt A.-G., Bielefeld, 21. 9., 16. 9., 27. 8. • Reinickendorf-Liebenwalder-Gross-Schoenebecker Eisenbahn-A.-G., Berlin, 29. 9., 27. 9., 6. 9. • Moritz Ribbert A.-G., Hagen i. W., 2. 10., 27. 9., 2. 9. • Rinteln-Stadthagener Eisenbahn-Gesellschaft, Rinteln, 30. 9., —, 4. 9. • Rixdorf-Mittenwalder Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin, 25. 9., 21. 9., 9. 9. • Robschützer Papierfabrik, Meissen, 27. 9., —, 9. 9. • Rommel, Weiss & Cie., A.-G., Cöln a. Rhein, 29. 9., 25. 9., 4. 9. • Rügensche Kleinbahnen-A.-G., Bergen a. Rügen, 23. 9., 19. 9., 23. 8. • Ruhrwerke A.-G., Arnsberg i. Westf., 25. 9., 23. 9., 27. 8.

Sachsenwerk Licht- und Kraft-A.-G., Dresden-A., 22. 9., 18. 9., 30. 8. • Sächsische Holzindustrie-Gesellschaft, Dresden, 23. 9., —, 6. 9. • Sächsische Waggonfabrik Werdau A.-G., Werdau, 25. 9., 21. 9., 6. 9. • Société immobilière St. Joseph A.-G., Metz, 19. 9., —, 19. 8. • Spar- und Vorschuss-Verein A.-G., Gross-Linden, 16. 9., —, 31. 8. • Spinnerei Schoubart A.-G., Strassburg i. Els., 25. 9., 21. 9., 25. 8. • Süddeutsche Drahtindustrie A.-G., Mannheim, 27. 9., 22. 9., 6. 9.

Scharfensteiner Baumwollspinnerei vormals Fiedler & Lechla, Scharfenstein i. Els., 22. 9., 19. 9., 30. 8. • Schlesische Textilwerke Methner & Frahne A.-G., Landeshut, 27. 9., 23. 9., 2. 9. • Schuhfabrik Herz A.-G., Frankfurt a. M., 28. 9., 23. 9., 27. 8.

Stahlwerke Richard Lindenberg A.-G., Remscheid, 30. 9., 27. 9., 27. 8. • Stendal-Tangermünder Eisenbahn-Gesellschaft, Tangermünde, 22. 9., —, 26. 8. • Stickstoffwerke A.-G., Cöln a. Rhein, 25. 9., 21. 9., 23. 8. • Stolberger A.-G. für feuerfeste Produkte (vormals Rud. Keller), Aachen, 25. 9., 21. 9., 28. 8. • Strassburger Strassenbahn-Gesellschaft, Strassburg i. E., 28. 9., 25. 9., 4. 9. • Dr. Strassmann A.-G., Chemische u. Nährmittel-Fabrik, Berlin, 15. 9., 11. 9., 27. 8. • Strausberger Eisenbahn-A.-G., Strausberg-Stadt, 30. 9., 26. 9., 1. 9.,

Terra A.-G. für Samenzucht, Aschersleben, 25. 9., 22. 9., 8. 9. • Theaterbau-A.-G., Stuttgart, 25. 9., 21. 9., 1. 9. • Thorner Holzhafen-A.-G., Thorn, 25. 9., 21. 9., 1. 9. • Thüringer Bleiweissfabriken A.-G. vormals Anton Greiner Wittwe und Max Bucholz & Co., Oberilm i. Th., 25. 9., 22. 9., 21. 8. • Thüringer Malzfabrik Langensalza A.-G., Langensalza, 25. 9., 21. 9., 7. 9. • Friedrich Topel A.-G., Triptis, 6. 10., 2. 10., 1. 9. • Transport-A.-G. (vormals J. Hevecke), Hamburg, 25. 9., 24. 9., 4. 9. • Treu-Bank A.-G. i. L., Gotha, 29. 9., —, 6. 9. • Trusebahn-A.-G. Wernshausen-Herges-Vogtei, Schmalkalden, 27. 9., 23. 9., 13. 8. • Tuchfabrik Lörrach, Lörrach, 29. 9., 25. 9., 6. 9.

Vereinigte Eisenhütten- und Maschinenbau-A.-G., Barmen, 25. 9., 20. 9., 25. 8. • Vereinigte Feilenfabriken Berlin-Magdeburg A.-G., Berlin, 11. 9., —, 30. 8. • Vereinigte Lothringer Licht- und Wasserwerke A.-G., Bremen, 30. 9., 27. 9., 8. 9. • Vereinigte Mosaikplattenwerke Friedland-Sinzig A.-G., Rostock i. M., 23. 9., 19. 9., 28. 8. • Vereinigte Pinsel-Fabriken, Nürnberg, 29. 9., 26. 9., 8. 9. • Vereinigte Schmirgel- und Maschinenfabriken A.-G. vormals S. Oppenheim & Co. und Schlesinger & Co., Hannover-Hainholz, 28. 9., 24. 9., 26. 8. • Vereinigte Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten-A.-G., Cöln, 20. 10., 14. 10., 18. 8. • Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz Buch- und Kunstdruckerei A.-G., Regensburg, 28. 9., 24. 9., 6. 9. • Vogtländische Spitzenweberei A.-G., Plauen, 29. 9., 25. 9., 7. 9. • Vorwohle-Emmenthaler Eisenbahn-Gesellschaft, Hannover, 29. 9., 25. 9., 19. 8.

Wapnoer Gypsbergwerke A.-G., Bromberg, 27. 9., —, 2. 9. • Wasserwerk Schweinheim A.-G., Aschaffenburg, 27. 9., 24. 9., 4. 9. • Joseph Weiermann, Schuhwarenfabrik A.-G., Bamberg, 21. 9., 18. 9., 31. 8. • Wehlau-Friedländer Kreisbahn-A.-G., Königsberg i. Pr., 23. 9., 20. 9., 26. 8. • Westdeutsche Zigarettenfabrik Theodor Oldenkott A.-G., Ahaus, 25. 9., —, 6. 9. • Westdeutsches Eisenwerk A.-G., Kray, 2. 10., 24. 9., 8. 9. • Westfälische Landes-Eisenbahn-Gesellschaft, Lippstadt, 23. 9., —, 23. 8. • Westfälische Metallindustrie A.-G., Lippstadt i. Westf., 2. 10., —, 6. 9. • Westpfälzische Verlagsdruckerei A.-G., St. Ingbert, 15. 9., —, 28. 8. • Weyersberg, Kirschbaum & Cie, A.-G. für Waffen & Fahrradteile, Solingen, 30. 9., 22. 9., 6. 9. • Wilhelmshütte in Saalfeld a. Saale, A.-G., Gotha, 21. 9., —, 4. 9. • A. & W. Willmann A.-G., Sagan, 27. 9., —, 4. 9. • Wilhelm Heinrichswerk vorm. Wilh. Heinr. Grillo A.-G., Düsseldorf, 30. 9., 27. 9., 7. 9.

Zeitzer Eisengiesserei und Maschinenbau-A.-G., Zeitz, 25. 9., 22. 9., 25. 8. • Zschipkau-Finsterwalder Eisenbahn-Gesellschaft, Finsterwalde, 20. 9., —, 24. 8. • Zuckerfabrik Alt-Jauer, Alt-Jauer, 27. 9., —, 3. 9. • Zuckerfabrik Jülich Alex Schoeller & Co., A.-G., Düren, 13. 9., 9. 9., 28. 8. • Zuckerfabrik Kosten, Kosten, 28. 9., —, 20. 8. • Zuckerfabrik Kruschwitz, Kruschwitz, 27. 9., —, 1. 9. • Zuckerfabrik Kujavien, Hohensalza, 25. 9., —, 28. 8. • Zuckerfabrik Melno, Melno, 17. 9., 15. 9., 27. 8. • Zuckerfabrik Opalenitza A.-G., Opalenitza, 25. 9., 24. 9., 24. 8. • Zwirnerei & Nähfadenfabrik Kirchberg A.-G. vorm. Carl Hetzer & Sohn, Plauen i. V., 21. 9., 16. 9., 1. 9.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Curt Eisfeld in Berlin.